



Protokoll

36. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 15. März 2021, 19:00 Uhr bis 21:28 Uhr
Stadthofsaal, Theaterstrasse 1, 8610 Uster

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle der zurückgetretenen Mary Rauber (EVP)
- 4 Leistungsmotion 618/2021 von Patricio Frei (Grüne) und Andreas Pauling (Grünliberale):
"Städtische Gebäude für die Sonnenenergie nutzen"
- 5 Weisung 73/2021 des Stadtrates: Massnahmenplan Klima, Kenntnisnahme
- 6 Motion 606/2020 der SVP/EDU-Fraktion: Pensum Primarschulpflegepräsidium/Abteilungs-
vorstand Bildung
- 7 Postulat 608/2020 von Florin Schütz (SP) und Mary Rauber (EVP): Hilfe bei häuslicher
Gewalt, Unterstützung des Frauenhauses Zürcher Oberland
- 8 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Karin Niedermann (SP), Präsidentin
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	34 (ab 19:22 Uhr 35) Ratsmitglieder (inklusive Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber
Verwaltung	Anita Bernhard, Abteilungsleiterin Gesundheit Sarina Laustela, LG-Leiterin Abfallbewirtschaftung und LG-Leiterin Umwelt Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen
Entschuldigt	Barbara Schäufole-Keel (SVP) Markus Wanner (SP) bis 19:22 Uhr (ab TOP 2)
Presse	Laura Hertel, AvU Tanja Hudec, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Gäste aus der Verwaltung und die Medienleute.

Stadträtin Patricia Bernet wird wegen einer anderen Verpflichtung heute etwas später erscheinen.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 18).

Änderung Tagesordnung

Peter Müller (FDP) beantragt, TOP 5 (Weisung 73/2021) vor TOP 4 (Leistungsmotion 618/2021) zu behandeln.

Präsidentin Karin Niedermann (SP): *Leistungsmotionen werden unabhängig von anderen Geschäften prioritär traktandiert, damit der Stadtrat rechtzeitig für das Globalbudget planen und arbeiten kann. Das zeitliche Zusammenfallen mit der Weisung 73/2021 ist ein Zufall. Darum werden auch andere Vorstösse zu diesem Thema heute noch nicht behandelt. Der Rat hat zu entscheiden.*

Der Änderungsantrag wird mit 16:6 Stimmen angenommen.

Damit wird die Tagesordnung wie folgt genehmigt: Reihenfolge der Behandlung: TOP 5 vor TOP 4.

Persönliche Erklärungen

Ulrich Schmid (CVP) verliest folgende Erklärung, wozu er **Verlängerung der Redezeit auf 5 Minuten beantragt (Art. 32 GeschO GR), die vom Gemeinderat mit offensichtlicher Mehrheit (25 Stimmen) genehmigt wird:** *Am 8. Februar 2021 hat Angelika Zarotti im Namen der SP-Fraktion eine Erklärung betreffend die Grenzbereinigung zwischen der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee und der Sekundarschulgemeinde Uster verlesen. Vermutlich wisst Ihr, dass ich der Präsident der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee bin. Ich leistete am 8. Februar 2021 Militärdienst, so dass ich leider nicht an der Gemeinderatssitzung teilnehmen konnte. Du, Angelika, und die Sozialdemokratische Fraktion haben mich aufgefordert, über meinen Schatten zu springen. Damit meint Ihr, dass ich Hand bieten soll, um die Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee aufzulösen. Erlaubt mir dazu eine persönliche Erklärung:*

Der Fraktionserklärung der SP konnte man entnehmen, dass ich oder mindestens die Schulpflege in der Lage sind, die Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee aufzulösen. Dem ist nicht so. Eine allfällige Auflösung obliegt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern anlässlich einer Urnenabstimmung. Wir streben eine solche Urnenabstimmung auf den 26. September 2021 an, werden jedoch eine negative Abstimmungsempfehlung dazu abgeben. Der Entscheid aber, das ist essenziell, liegt in den Händen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee, und von niemandem sonst. Dem sagt man „Demokratie“.

Wieso begegnen wir einer Auflösung unserer Schulgemeinde ablehnend? Du, Angelika, hast es am Schluss der Fraktionserklärung der SP richtig gesagt: Lösungen sollen allen beteiligten Gemeinden und namentlich den betroffenen Schülerinnen und Schülern resp. deren Familien dienen. Das wäre unserer festen Überzeugung nach bei einer Auflösung unserer Schulgemeinde nicht der Fall. Die Gründe, weshalb wir uns gegen eine Auflösung stellen, sind vielfältig und haben wenig mit Sturheit von mir oder der ganzen Schulpflege zu tun.

Nänikon und Greifensee bilden seit langem eine sozialräumliche Einheit. Die Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee, um die es hier geht, existiert seit 126 Jahren. Unsere Kinder und Jugendlichen orientieren sich in ihrer Freizeit stark nach Greifensee. Eine Mehrheit besucht dieselben Vereine. Die gemeinsame Sekundarschule bildet dies ab. Unsere Schule ist mit 200 Schülerinnen und Schülern absolut zukunftsfähig, pädagogisch auf einem hohen Stand, flexibel und agil sowie wirtschaftlich günstig zu führen, was sich im Steuerfuss abbildet – ich erinnere an die aktuellen 14 %. Wir anerkennen selbstverständlich das neue Gemeindegesetz, bezweifeln aber die Zweckmässigkeit eines einzigen Paragraphen, der ursprünglich in einem völlig anderen Kontext stand. Als Präsident der Schulpflege bin ich verpflichtet, mich für das Wohl unserer Schülerinnen und Schülern, für deren Familien und für unser Personal einzusetzen. Eine Auflösung unserer Schulgemeinde würde diesen Zielgruppen keinerlei Mehrwert, jedoch zahlreiche Nachteile bieten.

Auffallend an der Fraktionserklärung der SP ist, dass die politische Gemeinde Greifensee mit keinem Wort erwähnt wird. Der Präsident der Sekundarschulpflege Uster hat sich dazu im AvU sehr negativ gegenüber der Haltung von Greifensee geäussert. Die politische Gemeinde Greifensee ist aber ebenso gleichberechtigter Partner in den laufenden Diskussionen, wie die Stadt Uster. Und sie stellt sich wie die Schulpflege der Oberstufenschule Nänikon-Greifensee ablehnend gegen eine Auflösung, da sie selber dann erhebliche Nachteile für ihre Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler befürchtet. Es würde der Stadt Uster gut anstehen, das kleinere Greifensee ernst zu nehmen und dessen Bedenken zu hören und angemessen zu gewichten. Uster und Greifensee arbeiten auf verschiedenen Gebieten gut und konstruktiv zusammen. Ich meine, dass die konstruktive Zusammenarbeit auch hier gepflegt werden müsste.

Ja, es braucht eine Lösung. Auch wir wollen eine Lösung, die dem Zürcher Gemeindegesetz gerecht wird. Aber wir wollen eine Lösung, die tatsächlich allen vier Parteien – der Sekundarschule Uster, der Stadt Uster, der Gemeinde Greifensee und der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee – zum Vorteil gereicht. Solche Lösungen gibt es, daran arbeiten wir gerne und dafür bewegen wir uns gerne. Die einfache Auflösung unserer Schulgemeinde gehört nicht zu diesen Lösungen. Dafür wurden wir, die Mitglieder der Schulpflege der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee, von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern nicht gewählt. Wir bitten Euch um Verständnis.

Erlaubt mir zum Schluss noch eine Bemerkung an Angelika Zarotti und die SP-Fraktion: Ihr habt mich aufgefordert zu führen und Flagge zu zeigen. Mit Verlaub: Ich führe seit über 35 Jahren sowohl im Geschäft wie auch im Militär. Führen bedeutet in meinem Selbstverständnis aber nicht, Befehle oder Wünsche der Gegenseite einfach auszuführen. Das wäre das Gegenteil von Führen, nämlich Gehorchen. Ich aber arbeite mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Schulpflege auf ein klar definiertes Ziel hin und bin bereit mit allen Parteien gute Lösungen zu entwickeln. Und diesbezüglich übernehme ich sehr gerne Führung. Vielen Dank.

Paul Stopper (BPU) verliest folgende Erklärung: *Das «neue» Gemeindegesetz verlangt offenbar, dass Schulgemeinden nur das Gebiet einer Gemeinde oder mehrerer ganzer Gemeinden umfassen dürfen. Wahrscheinlich haben die Gesetzgeber nicht an Uster und an die Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee gedacht.*

Für Uster hat das nun seit Jahren zu einem Zoff entwickelt, der nicht zielführend ist. Die Sekundarschulpflege Uster will die Grenzbereinigung und das Gemeindegesetz umsetzen, nur dass sie das nicht ohne die Einwilligung der Schulgemeinde Nänikon-Greifensee tun kann. Bekanntlich gehört Nänikon zu Uster und Greifensee – wie der Name sagt – zur Gemeinde Greifensee.

Die grenzüberschreitende Schulgemeinde Nänikon-Greifensee hat sich seit Jahrzehnten bestens bewährt und die Oberstufe Nänikon-Greifensee ist auch nicht gewillt, den Zustand zu ändern, nur um einem unsinnigen und nicht nachvollziehbaren Gesetzesparagrafen zu gefallen. Zu Recht.

Was ist denn überhaupt das Problem? Es ist nicht der Widerstand der Schulgemeinde, sondern es ist doch der untaugliche Gesetzesparagraf. Wir haben jetzt zwei Wege, diese Situation zu bereinigen resp. zu lösen:

- 1. Man streitet sich weiterhin um ein eigentlich nicht existierendes Problem, denn die Schule funktioniert ja. Oder:*
- 2. Man ändert das Gemeindegesetz, so dass dieser unmotivierte Zwang zur Grenzbereinigung ersatzlos aufgehoben wird.*

Der zweite Weg ist wahrscheinlich der sinnvollere, denn dann müssen sich nicht weiterhin jahrzehntelang die Schulpflegen mit einem real gar nicht existierenden Problem herumschlagen, sondern die Schöpfer des unmöglichen Gesetzes, nämlich die Justizdirektion und der Kantonsrat, die den Nonsense vorgeschlagen resp. beschlossen haben. Wahrscheinlich war damals niemandem bewusst, zu welchen Streitereien dieser Paragraph führen wird.

Beenden wird doch diesen sinnlosen Leerlauf, indem wir (der Stadtrat, der Gemeinderat oder die Schulbehörden) beim Kantonsrat eine sogenannte Behördeninitiative einreichen, mit welchen wir den Gesetzgeber einladen resp. beauftragen, das Gesetz so zu ändern, dass es auch vernünftig anwendbar ist. Und dann ist die Welt wieder ohne Gehässigkeiten in Uster in Ordnung.

Mary Rauber (EVP) verliest folgende Erklärung: *Per Anfang April werde ich mein Amt an Urs Lüscher übergeben. Und ich freue mich, weil er mein Anliegen für die Inklusion von einer praktischen Seite hervorragend weiterverfolgen wird. Ich wünsche ihm alles Gute.*

Da der sonst übliche Apéro zum Abschied momentan unmöglich ist, habe ich allen ein kleines Abschiedsgeschenk auf den Tisch gestellt. Hergestellt wurde diese Mischung von einer sozialen Firma. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft einen friedlichen Alltag mit gut gewürzten Speisen und danke herzlich für die Zusammenarbeit!

1 Mitteilungen

Mary Rauber (EVP) hat am 19. Dezember 2020 ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat auf den 31. März 2021 wie folgt erklärt: „Auf Grund meiner beruflichen Situation, welche eine Ausbildung erfordert, ist es mir leider nicht mehr möglich, mich adäquat zu engagieren. Es war mir eine Ehre, die EVP während sieben Jahren im Gemeinderat repräsentieren zu dürfen, und ich trete mit einem weinenden und einem lachenden Auge von dieser Aufgabe zurück.“

Der Bezirksrat hat sie mit Präsidialverfügung vom 5. Januar 2021 unter Verdankung der geleisteten Dienste entlassen und den Stadtrat eingeladen, die Nachfolge zu bestimmen. Der Stadtrat hat am 16. Februar 2021 die Ersatzwahl durchgeführt. Die Ratspräsidentin würdigt ihre Amtstätigkeit: *Mary Rauber ist nach den Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2014-2018 am 14. April 2014 in den Gemeinderat erstmals eingetreten. Sie gehörte von 2014 bis 2018 der Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) an und wird vom 7. Mai 2018 bis 31. März 2021 der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) angehört haben. Sie hat bei sechs Anfragen, einer Interpellation, drei Postulaten, einer Motion und zwei Leistungsmotionen mitgewirkt, davon bei vier Vorstössen als Erstunterzeichnerin. Kein Erfolg war ihr mit der Motion 531/2015 beschieden, welche die berufliche Integration und Gleichstellung fördern wollte. Aber manchmal braucht es Geduld und Beharrlichkeit, was Mary Rauber besonders auszeichnete. Im Zentrum ihres Engagements standen Familienpolitik und Inklusion, z. B. mit der Anfrage 604/2017 und der Interpellation 553/2019 betreffend Familienzentrum sowie der Leistungsmotion 559/2016 i/S. „Gleichstellung von Menschen mit Behinderung fördern“. Diese Leistungsmotion wurde vom Gemeinderat überwiesen und vom Stadtrat umgesetzt. Dem „Anzeiger von Uster“ ist zu verdanken, dass wir wissen, worauf Mary Rauber nicht verzichten könnte, nämlich auf ihr Velo, denn es sei ihr treuer Begleiter und Lastesel. Damals erklärte sie bereits, sie werde sich nach ihrer Zeit als Gemeinderätin sicher nicht langweilen, da sie immer gute Ideen habe (AvU 27.11.2015). Ob unsere Ratskollegin mit dem Postulat 608/2020 heute auch noch Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.*

Wir haben Mary Rauber als lösungsorientierte Kollegin erlebt, jetzt will sie beruflich zu neuen Ufern aufbrechen. Für ihre Zukunft wünschen wir alles Gute und viel Erfolg. (Applaus)

Die Leiter-Stellvertreterin Parlamentsdienst und Kommissionssekretärin, Monika Füllemann, hat am 7. März 2021 ihr 10jähriges Dienstjubiläum feiern können. Namens des Gemeinderats gratuliere ich ihr dazu und hoffe, dass sie uns weiterhin erhalten bleibt. Liebe Monika, wir schätzen Deine engagierte Mitarbeit sehr! (Applaus)

Allfällige Stunderapporte für das Amtsjahr 2020/2021 können heute direkt dem Parlamentsdienst abgegeben werden. Letzter Abgabetermin ist Gründonnerstag, 1. April 2021.

Angesichts der Corona-Pandemie ist davon auszugehen, dass das Jahresschlussessen vom Freitag, 9. April 2021 nicht durchgeführt werden kann. Ich werde der Geschäftsleitung, die am 19. Mai 2021 tagen wird, Terminvorschläge für kurz vor oder nach der Sommerpause machen in der Hoffnung, dass das möglich werden wird.

Dem „Anzeiger von Uster“ (AvU) von heute konnte entnommen werden, dass der Gemeinderat mit der Zutrittsregelung für die Öffentlichkeit alles richtiggemacht hat und sich damit im grünen Bereich befindet, obwohl der AvU uns gerne eine gelbe Karte gezeigt hätte. Dazu kommt, dass nicht die Kosten an sich, sondern das Kosten-Nutzen-Verhältnis die Entscheide in der Geschäftsleitung geleitet haben. Angesichts der Corona-Krise müssen auch wir halt auf Sicht fahren, immerhin – die konstituierende Ratssitzung vom 12. April 2021 wird in Echtzeit übertragen werden.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 35. Sitzung des Gemeinderats vom 8. Februar 2021 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle der zurückgetretenen Mary Rauber (EVP)

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Urs Lüscher (EVP).

Der Stadtrat hat den Vorgeschlagenen mit Wirkung ab 1. April 2021 als Mitglied des Gemeinderats für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 für gewählt erklärt (vergleiche Seite 1053).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt den Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Urs Lüscher (EVP) wird mit Wirkung ab 1. April 2021 als Mitglied der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Weisung 73/2021 des Stadtrates: Massnahmenplan Klima, Kenntnisnahme

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert **Silvio Foiera** (EDU): *Der Text im Dispositiv 1: «Der Massnahmenplan Klima wird zustimmend zur Kenntnis genommen.» wird wie folgt geändert: «Der Massnahmenplan Klima wird zur Kenntnis genommen.» Die Kommission ist der Ansicht, dass lediglich eine formelle Kenntnisnahme vorgegeben werden kann. Eine zustimmende Kenntnisnahme impliziert eine Unterstützung und gibt somit ein politisches «Statement.» In der Kommission wurde daher die Frage aufgeworfen, ob es für eine zustimmende Kenntnisnahme nicht auch die Option einer ablehnenden Kenntnisnahme brauchen würde.*

Freilich würde das in der Sache nichts ändern. Der Massnahmenplan Klima ist jedem Ratsmitglied zugänglich gemacht oder zugestellt worden.

Spätestens mit diesem Referat haben alle hier anwesenden Ratsmitglieder Kenntnis des Massnahmenplans erlangt, so dass eine Nicht-Kenntnisnahme nicht sinnig ist.

Da der stadträtliche Antrag lediglich eine Kenntnisnahme des Massnahmenplans fordert und dessen Inhalt nicht debattiert wird, erübrigt sich eine Zustimmung oder Ablehnung, ungeachtet wie man zum Inhalt des Massnahmenplans steht. Es erscheint daher gar bizarr, Ihnen den Massnahmenplan Klima zur Kenntnisnahme zu empfehlen, da ihnen dieser offensichtlich zur Kenntnis gebracht wurde. Dennoch bitte ich sie, diesen Antrag fürs Protokoll formell abzunehmen.

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, **Stadträtin Karin Fehr Thoma**, nimmt Stellung: *Der Stadtrat freut sich, Ihnen mit der Weisung 73/2021 den Massnahmenplan Klima zur Kenntnisnahme vorzulegen: Der Massnahmenplan Klima stellt ab sofort das zentrale Planungs-, Koordinations- und Vollzugsinstrument für eine wirksame Klimapolitik der Stadt Uster dar. Er wurde vom Stadtrat am 2. Februar 2021 genehmigt. Er unterstreicht damit die Bedeutung einer nachhaltigen Stadtentwicklung, so wie er dies bereits in seiner Strategie 2030 festgelegt hat.*

Anstoss für die Erarbeitung dieses Massnahmenplans Klimas gab die Leistungsmotion 620/2018 von alt Gemeinderat Thomas Wüthrich. Zusätzliche Unterstützung erhielt das Anliegen 2019 von der Einzelinitiative 536/2019 „Klimanotstand“ von Moira Spohn.

Der Massnahmenplan Klima fokussiert Handlungsfelder im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde. Er umfasst zahlreiche Massnahmen in den Themenbereichen Mobilität / Verkehr / Raum, Siedlung / Gebäude / Gewerbe / Industrie, Ver- und Entsorgung / Infrastruktur, Natur / Forst- und Landwirtschaft / Gewässer, Stadt- und Mikroklima sowie flankierende Massnahmen und Informationen. Gewisse Massnahmen dienen eher der Eindämmung des Klimawandels, andere wiederum eher der Anpassung an denselben. Sie alle orientieren sich an dem von Ihnen angepassten Umweltartikel der Gemeindeordnung bzw. den darin festgehaltenen Stossrichtungen und Zielsetzungen. Die Ustermer Stimmbevölkerung wird Gelegenheit haben, über die totalrevidierte Gemeindeordnung abzustimmen.

Der Massnahmenplan wurde in den vergangenen zwei Jahren von stadtinternen und externen Fachpersonen auf Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse erarbeitet. Die Uster gehört damit zu den ersten Gemeinden in der Schweiz mit einem derart breiten Massnahmenplan, was zur erneuten Auszeichnung als Energiestadt Gold beigetragen hat.

Wie in der Weisung dargelegt werden die Massnahmen teilweise im Rahmen der bestehenden Leistungsaufträge umgesetzt werden können, andere werden eine Anpassung derselben bedingen. Klar ist, es liegt sehr viel Arbeit vor uns. Die Umsetzung erfolgt selbstredend im Rahmen der ordentlichen politischen Prozesse. Und ja, die Umsetzung wird zusätzliche Ressourcen benötigen. Aus dem Massnahmenplan geht hervor, von welchen Grössenordnungen wir aktuell ausgehen. Die effektiven Kosten werden dann von der gewählten Art der Umsetzung abhängen. Dabei darf allerdings nie vergessen; die Schweiz ist vom Klimawandel überdurchschnittlich stark betroffen. Der Klimaschutz wird uns weniger kosten als ein ungebremster Klimawandel mit seinen fatalen Folgen für Gesellschaft inklusive Wirtschaft und die Artenvielfalt auf unserem Planeten. Genau darauf hat Ende Januar auch der Bundesrat anlässlich der Präsentation seiner langfristigen Klimastrategie hingewiesen.

Der Stadtrat dank Ihnen für die Kenntnisnahme des Massnahmenplans Klima.

Für die SP-Fraktion referiert **Florin Schütz** (SP): *Um die wichtigste Frage gleich zu Beginn zu beantworten: Ja, wir werden den Klima-Massnahmenplan zur Kenntnis nehmen und auch den KSG-Antrag unterstützen, der diese Kenntnisnahme etwas neutraler gestaltet. Alles in allem könnten wir den Massnahmenplan aber durchaus auch zustimmend zur Kenntnis nehmen.*

Wir sind erfreut, dass der Stadtrat Netto-Null nicht nur in der Theorie unterstützt, sondern nun auch einen konkreten Plan zur Umsetzung vorlegt. Der Massnahmenplan scheint uns nicht nur ein wichtiges Analyse-Instrument zu sein, um die effektiven Handlungsfelder ausfindig zu machen, sondern bietet auch eine umfangreiche Auswahl an konkreten Massnahmen. Dass dabei auch häufig vergessene bzw. ignorierte Bereiche der Umweltpolitik, wie beispielsweise die ökologischen Auswirkungen der städtischen Kapitalanlagen aufgenommen wurden, ist erfreulich. Besonders hervorheben möchten wir zudem die vom Stadtrat kommunizierte Idee der Bürgerinnen- und Bürger-Panels, um die Bevölkerung in Usters Klimapolitik einzubeziehen. Uster nimmt hier insbesondere in der Deutschschweiz eine Vorreiterrolle ein und wir sind gespannt, was die Diskussionen ergeben werden. Zuletzt bleibt auch noch positiv hervorzuheben, dass zumindest in einzelnen Bereichen ambitioniertere Ziele formuliert wurden, als von der nationalen Umweltpolitik vorgegeben.

Das bringt mich aber auch gleich zu unseren Kritikpunkten: Netto Null 2050, das mag das nationale Klimaziel sein, aber ambitioniert ist es nicht. Wenn wir die Erwärmung der Erde bei unter 1.5 Grad halten wollen, das zeigen neue wissenschaftliche Untersuchungen, dann kommen wir eigentlich nicht um Netto-Null 2030 herum. Unter diesem Aspekt sind die wenigen Netto-Null-Ziele des Stadtrats vor 2050 dann doch nicht mehr ganz so fortschrittlich.

Und dann kommt da noch ein anderes Problem dazu: Der Massnahmenplan geht von einem Pro-Kopf-Ausstoss von 5.6 Tonnen/Person aus. Zählt man sogenannte graue Energien dazu, dann läge der Pro-Kopf-Ausstoss bei deutlich höheren 14 Tonnen pro Person. Das schreibt der Stadtrat zwar auch so, schiebt die Problematik von grauen Energien dann aber aufgrund fehlender Daten komplett beiseite. Das ist rein praktisch zwar verständlich, dann kann 2050 aber auch beim Erreichen dieser Ziele allerhöchstens von einem Netto-Null-Light gesprochen werden.

Insofern sehen wir als SP-Fraktion diesen Massnahmenplan als wichtigen ersten Schritt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Stadt, aber die Massnahmen reichen so noch nicht aus. Und so oder so: Entscheidend wird dann die konkrete Umsetzung sein. Wir werden da genau hinschauen und auch mit eigenen Vorstössen dafür sorgen, dass wir das Netto-Null-Ziel so schnell wie möglich erreichen. Beispielsweise so wie vergangene Woche, wo Mitglieder unserer Fraktion insgesamt vier umweltpolitische Vorstösse eingereicht haben.

Paul Stopper (BPU): *Dem Klima geht es nicht gut. Das ist – so glaube ich – allgemein bekannt (Es gibt aber auch andere Dinge, denen es auch nicht gut geht).*

Das Pariser Abkommen verpflichtet die Staaten, u.a. den CO₂-Ausstoss zu senken, resp. die Erderwärmung zu bremsen. Das ist ja löblich

Jetzt sollen wir den Massnahmenplan des Stadtrates zur Kenntnis nehmen – weder positiv noch negativ. Gegen eine Kenntnisnahme kann man ja nicht ernsthaft sein. Allerdings versteht der Stadtrat natürlich, dass er durch die blosse Kenntnisnahme in seinen Bestrebungen unterstützt wird.

Zum Massnahmen-Plan:

Auf Seite 19 ist der Absenkungspfad beschrieben. Bei den Jahren 2010 und 2018 ist der CO₂-Ausstoss in Verbraucherarten aufgegliedert so zB in Abfall (fast nichts), Mobilität (sehr viel), Landwirtschaft (sieht man fast nicht!!) und Wärme (auch sehr viel). Bei der Wärme hat der CO₂-Ausstoss seit 2010 merklich abgenommen, bei der Mobilität ist aus der Grafik keine Verminderung sichtbar. Aber jetzt die grösste Überraschung: beim Jahr 2030 ist zwar eine massive Absenkung des gesamten CO₂-Ausstosses vorgesehen, nämlich um 40 %. Auf eine Aufgliederung wird aber verzichtet, alles ist nur noch eintönig grau. Heisst das, dass man im grauen Nebel herumstochert? Das nehme ich ebenfalls zur Kenntnis, nämlich dass man eben völlig hilflos ist, wo angesetzt werden soll.

./.

Zu den einzelnen Massnahmen:

Mobilität (Seite 30):

M1	Konzept für Elektromobilität
M2	Vorbildliche Stadtbuslinie
M3	Mobilitätskonzept für Verwaltung, gemeindeeigene Betriebe und Schule
M4	Beschaffung kommunale Fahrzeuge

Was bedeutet nun das? Erstens: alles benötigt Strom, Strom und nochmals Strom. Gleichzeitig wollen wir die Atomkraftwerke abstellen (bin ich auch dafür) und irgendwo steht, dass wir 13 Prozent weniger Strom verbrauchen sollen. Woher soll denn der Strom herkommen? Diese Frage wurde in der Kommission von mir zwar gestellt, Antworten bekam ich aber nicht.

Sehen wir doch die Verbraucher einmal an:

End-Energieverbrauch Schweiz

Verkehr 36.0 %

Landwirtschaft 1.0 %

(wahrscheinlich inkl. Rülpsen und Furzen der Kühe)

Anteile Energieträger am Gesamtverbrauch des Verkehrs

Erdöl 94.8 %

Elektrizität 3.7 %

Anteil Verkehrsträger am Gesamtenergieverbrauch des Verkehrs

Strasse 86.4 %

Schiene 5.0 %

Was bedeutet das nun? Wenn also der Erdölverbrauch auf Null gesetzt werden soll, dann müssen doch die 94.8 % Erdöl durch Strom ersetzt werden, wenn man die Verkehrsleistung nicht reduzieren will. Davon steht im Bericht kein Wort. Das wäre eine ziemlich gigantische Herkules-Aufgabe. Ich möchte noch gerne Auskunft haben zu den Fragen des durch die Elektromobilität zusätzlich benötigten Stromes, aber auch für die alternativen Heizsysteme wie Wärmetauscher, Erdsonden, etc. Allein mit Solarenergie und Windrädern wird das ja wohl kaum zu schaffen sein. Kommt noch dazu, dass – im Gegensatz zu anderen Energieträgern – der Strom nicht beliebig gespeichert werden kann. Ausser in Pumpspeicherwerken, die ja ebenfalls sehr umstritten sind.

Es hat durchaus sinnvolle Massnahmen im Bericht. Aber auch unverständliche, wie zB:

Elektrifizierung kommunaler Fahrzeuge: Die Antwort des Stadtrates auf meine Anfrage Nr. 604/2020 vom 2. Februar 2021 hat gezeigt, welche Wirkung die Elektrifizierung der kommunalen Fahrzeuge hat. Die kommunalen Fahrzeuge erzeugen pro Jahr etwa 51 Tonnen CO₂. Die in Uster immatrikulierten privaten Fahrzeuge hingegen produzieren pro Jahr 68'000 Tonnen. Der städtische Anteil ist demnach 0.7 Promille, d.h. nichts.

Präsidentin Karin Niedermann (SP): Ihre Redezeit ist bald abgelaufen. Paul Stopper (BPU) bittet um Entschuldigung, dass er zu Beginn den Antrag auf **Redezeitverlängerung zu stellen vergessen habe. Die Redezeit wird vom Gemeinderat **mit offensichtlicher Mehrheit um zwei weitere Minuten genehmigt.****

Paul Stopper (BPU): *Dass die internen personellen Ressourcen (neu und bestehend) bei dieser Massnahme für „die Erarbeitung und Begleitung“ noch externe Kosten von 15'000 bis 25'000 Franken kosten sollen, erstaunt nun doch sehr. Die Daten sind ja vorhanden.*

Holznutzung (Seite 35): Die Stadt will den Holzschlag mehr als verdoppeln (von 4'000 auf 10'000 MWh/a). Frage: Welche Auswirkungen wird das auf den Waldbestand haben: Wieviel Holz wächst im Jahr in Uster nach? Werden nur gesunde Bäume gefällt oder vor allem kranke Bäume? So viele kranke Bäume hat es in Uster aber gar nicht. Und wie steht es mit der Wald-Biodiversität? Alte Bäume und Totholz zB?

Kehrichtmenge (Seite 35): Die Stadt will die Kehrichtmenge von gegenwärtig 187 kg/EW/a auf nur noch 100 kg/EW/a senken. Wie das gehen soll, ist nicht erklärt.

Ich werde mich der Stimme enthalten.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Marco Ghelfi** (Grüne): *Die Gemeindeordnung verlangt einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und die Erhaltung der Lebensgrundlage.*

Das sehe ich genau gleich, wer will schon die eigene Lebensgrundlage strapazieren? In dieser Hinsicht bin ich extrem konservativ. Ich will, dass Uster so bleibt wie es ist. Ich will im Frühling hellgrüne Wälder und gelbe Rapsfelder, im Sommer einen tiefblauen und kühlen Greifensee und dunkelgrüne Wälder. Ich will im Herbst farbigen Kürbis auf den Feldern und einen dunkelbraunen Reh Rücken auf dem Teller. Ich will weiterhin eine Winterjacke benötigen und fände es sehr schade, wenn unsere Nachkommen nicht mehr Schlittschuhlaufen könnten auf dem gefrorenen Greifensee. Aber das geht nur, wenn wir konservativ denken und unsere Natur ganz im Sinne des Wortes in einem guten Zustand halten können. Genau darum braucht es einen Massnahmenplan Klima.

Ich habe diesen Massnahmeplan im meinem Haushalt am genauesten gelesen. (Applaus teilweise und Heiterkeit im Saal).

Das ist keine Kritik an meiner Frau. (Heiterkeit im Saal)

Der Stadtrat hat sich aufgrund der von Thomas Wüthrich eingereichten Leistungsmotion 620/2018 Gedanken gemacht und präsentiert uns ein ganzes Bündel an Massnahmen.

Einen schrittweisen Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien, eine Steigerung der Energieeffizienz, ein Etablieren einer nachhaltigen Mobilität in der Stadt zusammen mit der Förderung der Elektromobilität.

Auch das Thema „Graue Energie“ wurde angesprochen und im Rahmen der Möglichkeiten in die Massnahmen integriert. Dazu kommen Massnahmen bezüglich die Anpassung an den Klimawandel um eine Verminderung der Hitzebelastung zu erreichen und zum Schluss möchte die Stadt als Vorbild vorangehen und setzt sich selber sogar noch ehrgeizigere Ziele.

Aber was kann die Stadt Uster schon erreichen? Es wird doch eh alles auf Kantons- oder Bundesebene entschieden!? Stimmt überhaupt nicht! Uster kann, das zeigt der Bericht ja ausführlich, an vielen Orten etwas bewirken, die richtigen Rahmenvoraussetzungen schaffen, Bildungsangebote zur Verfügung stellen, einen sauberen Strom-Mix anbieten und bei eigenen Gebäuden und Fahrzeugen jetzt schon richtig einsparen.

Im Erläuterungsbericht sind viele Fakten und Zahlen dargelegt worden. Das ist gut so. Fakten sind wichtig, um eine gute Entscheidung fällen zu können. Aufgrund der vorliegenden Fakten hat die Stadt also Massnahmen definiert und kann diese jetzt umsetzen.

Müssen wir deswegen auf alles verzichten? Nein! Durch die Abkehr von fossilen Energieträgern und durch den Umstieg auf Velo wird die Ustermer Luft deutlich besser und die Stadt ruhiger. Zudem werden wir alle fitter durch das häufige Velofahren! Wir werden durch den Einsatz von Photovoltaik auf unseren Dächern unabhängiger von ausländischen Ölfirmen und behalten die Wertschöpfung hier bei unseren Fachleuten.

Bei all diesen Lösungsvorschlägen und Massnahmen darf eines nicht vergessen werden. Das alles kostet Geld! Es wird aber nie mehr so günstig sein wie gerade jetzt. Je länger wir warten, umso einschneidender und teurer werden die nötigen Massnahmen. Darum an alle Schnäppchenjäger: Jetzt zustimmen und Ja sagen.

Wir Grüne freuen uns auf die Zukunft und wünschen der gesamten Stadt viel Erfolg bei der Umsetzung des Massnahmenplans Klima. Unsere Unterstützung habt ihr auf sicher!

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Keel** (SVP): *Der Massnahmenplan Klima der Stadt Uster, den wir heute zur Kenntnis nehmen müssen, basiert auf Grundlagen, die wir mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen. Als Beispiel die Treibhausgas-Bilanz der Stadt Uster, die uns 5,6 Tonnen CO₂ pro Einwohner anrechnet. Dabei sind ein Drittel, vor allem Emissionen aus dem Bereich «Wärme», wie auch «Strassenverkehr», die uns angerechnet werden. Soweit so gut, dass uns in Uster einen grösseren Anteil von rund 13 % Emissionen vom Flugverkehr zugeordnet bzw angerechnet wird, können wir nicht akzeptieren.*

Wenn der Stadtrat von Uster auf solchen Grundlagen entscheidet und einen Massnahmenplan erstellt, muss man genau hinschauen. Immerhin geht es da um sehr viel Steuergelder.

Die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse basieren auf dem Energie- und Klimakalkulator der Energieschweiz (2000 Watt-Gesellschaft). Es ist legitim, diese wissenschaftlichen Erkenntnisse zu hinterfragen, denn sie haben viel mit Politik zu tun. Es geht ja um die internationale, nationale und auch kantonale Klimapolitik.

Mit diesen Grundlagen soll unsere Gemeindeordnung angepasst und die Voraussetzung für den Massnahmenplan geschaffen werden.

Also muss jeder Ustermer bis 2030 (in 9 Jahren) seinen CO₂-Ausstoss rechnerisch auf 3,4 Tonnen reduzieren und bis 2050 auf Null. Träumen darf man, aber man sollte den Ustemern nicht zu Alpträumen verhelfen. Solche Vorgaben sind unseriös und dienen kaum dem Klima und gehören nicht in die Gemeindeordnung.

Mit dem Abbau von Parkplätzen in Uster soll das Klima gerettet werden. Klar ist das nur eine geplante Massnahme, sie zeigt aber wie ideologisch und dilettantisch das Klima gerettet werden soll.

Drei Mal hat sich in diesem Frühling der Saharastaub über Uster gelegt. Ich kann mich an die Atombombenversuche der Franzosen in der Sahara noch erinnern. Es ist kein Zufall, dass die Franzosen die Radioaktivität dieses Niederschlags gemessen haben. Solche Ereignisse, welche die Umwelt belasten und sich nicht an Gemeindegrenzen halten, sind kein Thema hier in Uster. Aktuell sehen wir übrigens gerade massive vulkanische Aktivitäten. Sei dies der nahe Ätna, auf der russischen Kamtschatka-Halbinsel oder in Ecuador, welche z. B. die Schwefeloxid-Messwerte über Europa in die Höhe schnellen lassen.

Aufgrund der Ausgangslage ist erlaubt zu fragen, geht es überhaupt ums Klima oder geht es ums Geld. Der Staat wird Mühe haben, die Steuern weiter zu erhöhen. Mit den

Mehrwertsteuererhöhungen und der Erhöhung der Arbeitslosenversicherung ist es bald zu Ende.

Ich empfehle, kaufen Sie Aktien von Energiefirmen. Die Energie wird sich unverschämt verteuern. Mit ihr kann man Geld verdienen und ich behaupte, es geht um die Verteilung von Geld und weniger um das Klima. Diese Aussage basiert natürlich nicht auf wissenschaftlichen Grundlagen.

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt den Massnahmenplan zur Kenntnis. Wir werden aber den Umweltartikel, wie er in der Gemeindeordnung vorgesehen ist, vehement bekämpfen.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Häufigere Hitzewellen und Trockenperioden, zunehmende Naturgefahren und die Veränderung der Tier- und Pflanzenvielfalt: Der Klimawandel prägt unsere Umwelt bereits heute und wird es in Zukunft noch stärker tun. Aus diesem Grund setzen wir uns bereits seit Jahren für den Klimaschutz ein.*

Und auch Uster anerkennt die Wichtigkeit der Eindämmung des Klimawandels, sei dies mit dem Umweltartikel in der Gemeindeordnung, dem Label zur Energiestadt Gold und jetzt mit dem Massnahmenplan Klima. Herzlichen Dank.

Uns gefällt, dass der Massnahmenplan Klima als Planungs-, Koordinations- und Vollzugsinstrument für die Klimapolitik der Stadt Uster angedacht ist. Die Gliederung vom Allgemeinen ins Detail ist schlüssig. Vor allem gefreut haben uns die konkreten Massnahmen. Den nur diese machen aus einer Absichtserklärung eine Handlungsanweisung, die beschreibt, in welche Richtung sich die zukünftige Klimapolitik bewegt. Auch scheint uns die Breite der Themenfelder sinnvoll, den viele, ganz unterschiedliche Massnahmen werden nötig sein, um das Ziel «Netto Null» im Jahr 2050 zu erreichen.

Aber neben unserer grossen Begeisterung haben wir auch einzelne Punkte, die uns fehlen und auf die wir nochmals hinweisen möchten:

- Es ist nett, dass bei Neubauten erhöhte Anforderungen bestehen und die jetzigen Eigentümer über Sanierungspotenziale informiert und aufgeklärt werden. Wie steht es nun aber bei der Denkmalpflege? Wie sakrosankt ist diese oder welche Möglichkeiten haben Eigentümer, die in solchen Gebäuden wohnen? Wir alle wissen, dass Gesuche von Solaranlagen in diesen Fällen abgelehnt wurden. Wir erwarten, dass die Stadt auch in diesen Fällen Hand bietet.*
- Uns fehlt als mögliche Massnahme die Nutzung des Seewassers aus dem Greifensee als Wärme- und Kälteversorgung, wie dies zum Beispiel die Stadt Zürich plant.*
- Im Bereich der Stromerzeugung fehlt uns ein konkreter Indikator.*

Und jetzt gilt es die Massnahmen umzusetzen. Lieber heute als Morgen, denn die Dringlichkeit der Massnahmen zur Eindämmung des Klimawandels ist für uns unbestritten. Schnellstmögliches Handeln auf allen Ebenen ist gefragt, um den Schaden rasch und effektiv einzugrenzen.

Uster darf innovativ sein und soll eine Vorreiterrolle einnehmen. «Taten statt Worte» muss unser Slogan sein. Wir jedenfalls richten unsere zukünftigen Entscheide bei Geschäften oder Vorstössen nach diesem Grundsatz aus.

Den Massnahmenplan Klima nehmen wir zur Kenntnis.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Peter Müller** (FDP): *Nachdem die Podestplätze für die besten Berichtslesungen bereits vergeben worden sind, kann ich vielleicht nur noch von mir behaupten, dass ich am besten zusammenzählen konnte. Ich habe mich persönlich sehr über den vorgelegten Bericht aus zwei Gründen gefreut. Das Vorgehen zur Evaluation von Handlungsfeldern entspricht sehr gut dem, was wir mit dem Postulat Nachhaltigkeitsbericht etwas breiter gefasst ebenfalls gefordert hatten. Dieser Bericht stellt zudem auch einen Referenzrahmen dar, der für die zukünftige Diskussion genutzt werden kann. Soweit das Lob an die Adresse der Ersteller.*

In einigen wesentlichen Punkten unterscheidet sich der Bericht aber von unserer Forderung: Er zieht keine Schlüsse darüber, welche der Massnahmen nun politisch und ökonomisch sinnvoll ist zu tun. Er vergleicht den Effekt der einzelnen Massnahmen mit den dazugehörigen Kosten kaum. Man kann deshalb aus unserer Sicht auch auf keinen Fall von einem «Massnahmenplan» bzw. einem «Vollzugsinstrument» sprechen.

Im Bericht wird diesbezüglich von Priorität gesprochen. Diese Bewertung könnte aber nur in Bezug auf die entsprechenden Kosten erfolgen. Leider sind die Kosten zu einem Grossteil überhaupt nicht definiert. Meistens sind die Aufwände für die Konzepte aufgeführt aber die Umsetzungsaufwendung – der Löwenanteil – fehlt. Zum Beispiel Baukosten bei der Sanierung von Bestandsquartieren, die erhöhten Anforderungen an Neuüberbauungen, oder die Umstellung der Wärmeerzeugung. Nichts ist in diesem Zustand bereits geschätzt worden. Und trotzdem wurde eine «Priorisierung» vorgenommen.

Leider wurde nicht aufgezeigt, wie die Priorisierung vorgenommen wurde. Es handelt sich dabei also um einfach die Perspektive der Studierersteller, die nun mit der politischen, ökonomischen Sicht kombiniert werden muss, um einen effektiven PLAN zu erarbeiten. Der Gemeinderat muss hier seine Rolle aktiv übernehmen und einen Plan einfordern, der den politischen Gegebenheiten und finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Es ist wie die Arbeit eines Jungen Beraters oder Business Analysten, der im Detail alles analysiert und bewertet hat und am Schluss vergessen hat, die ganze Analyse zu reflektieren und die für den Kunden relevanten Schlüsse zu ziehen.

Noch ein etwas genauerer Blick auf die Kosten. Wir erinnern uns, dass die meisten grossen Kostenblöcke noch nicht enthalten sind. Wenn man aber bereits die vorhandenen Schätzungen bis 2030 aufsummiert kommt man auf ca. CHF150m. Was heisst das konkret? Für eine 4-köpfige Familie in Uster wäre das 150-200 Franken pro Monat! Und das ist wie gesagt nur ein kleiner Teil der effektiven Aufwendungen. Jeder in diesem Rat, der den Einsatz für die tiefen Einkommen und die Familien vorne auf der Agenda hat, sollte hier aufstehen und sich zur Wehr setzen.

Interessant ist auch die durchschnittlich benötigte Reduktion des CO₂ Ausstosses pro Jahr. Wenn man die Ziele erreichen will, muss man bis 2030 mit durchschnittlich 5% pro Jahr reduzieren. Danach bis 2050 mit durchschnittlich 15% pro Jahr. Eine Verdreifachung der Reduktionsrate! Es ist also nicht unrealistisch davon auszugehen, dass die Kosten ab 2030 nicht sinken, sondern nochmals massiv steigen würden.

Ich halte also nochmals fest:

- 1. Wir haben eine gute Situationsanalyse erhalten, keinen Plan und schon gar kein «Vollzugsinstrument»*
- 2. Um einen Plan zu erstellen müssen Massnahmen priorisiert werden und mit den verfügbaren Ressourcen abgeglichen werden.*

Wir werden diese Klärung von Stadtrat in geeigneter Form auch einfordern. Bereits heute Abend möchte ich den Stadtrat aber bitten folgende beiden Fragen zu beantworten:

- 1. Versteht er den Massnahmenplan als Vollzugsinstrument, d.h. geht er davon aus, dass alle darin aufgeführten Massnahmen schlussendlich umgesetzt werden sollen?*
- 2. Sieht der Stadtrat den Bedarf die Massnahmen weiter bzgl. Kosteneffizienz zu validieren und priorisieren? Falls ja, wann und in welcher Form ist das geplant?*

Anerkennt der Stadtrat, dass eine Feinjustierung gar nicht möglich ist, solange die wichtigsten Kostenpunkte fehlen?

Stadträtin Karin Fehr Thoma: *Ja, den Massnahmenplan verstehen wir als Vollzugsinstrument. Uns ist aber bewusst, dass wir dazu noch eine Feinplanung vornehmen müssen. Wir brauchen aber dazu noch konkrete Zahlen, was die Kosten bei Gebäudesanierungen usw. betrifft. Wir haben nicht den Anspruch, heute bereits alles zu wissen. Es wird weitere Konzepte mit entsprechender Kostengenauigkeit brauchen. Wir werden in einem Zweijahresrhythmus entscheiden, welche Massnahmen welche Priorität haben. Wenn der Gemeinderat einverstanden ist, möchte ich gerne Wort gerne an die LG-Leiterin Abfallbewirtschaftung und LG-Leiterin Umwelt, Sarina Laustela, übergeben.*

Der Rat ist damit stillschweigend einverstanden.

Sarina Laustela erklärt: *Es ist so, dass man jetzt noch keine Priorisierung machen kann. Dazu bräuchte man die Zahlen. Und die haben wir noch nicht. Wir werden weitere Überlegungen dazu anstellen müssen.*

Zwischenruf von **Peter Müller** (FDP): *Ich freue mich, dass Stadtrat und Verwaltung sowie meine Fraktion homogene Meinungen haben.*

Patricio Frei (Grüne): *Am liebsten hätte ich heute Abend einen Laternenpfahl dabei, um der SVP und der FDP zuzuwinken. Ein Wink mit dem Zaunpfahl scheint nicht mehr zu reichen. Wie ist es möglich, dass Ihr die Zeichen der Zeit nicht erkennt? Es macht einfach keinen Sinn, sich jetzt gegen Massnahmen gegen den Klimawandel zu wehren. Das hilft nicht den Bauern, die zunehmend über Überschwemmungen und Trockenheit klagen. Und es hilft auch nicht der Wirtschaft, die sich längst darauf eingestellt hat, dass wir in einer Zeitenwende leben.*

Dazu nur ein Beispiel: Mark Schneider hat im Dezember angekündigt, dass sein Unternehmen den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf Netto Null senken wolle, und das auf der gesamten Wertschöpfungskette. Das ist eine grosse Herausforderung.

Doch wer ist dieser Mark Schneider? Die Fussballfans denken da vielleicht an den früheren Trainer des FC Thuns. Falsch! Mark Schneider ist der CEO von Nestlé. Und der Nahrungsmittel-Gigant lässt sich seine Netto-Null-Strategie einiges kosten, in der ersten Phase wird er über drei Milliarden Franken investieren. Dieses Geld investiert Nestlé aber nicht aus purer Menschenliebe. Mark Schneider ist überzeugt, dass ein ökologischerer Konzern einen Mehrwert schaffe. Früher oder später würden CO₂-Emissionen besteuert oder gar gebüsst, und dem will der Nahrungsmittel-Gigant zuvorkommen.

Dieses Beispiel zeigt: Auch die Grosskonzerne setzen auf Umweltschutz. Die Wirtschaft hat also die Zeichen der Zeit erkannt: Klimaschutz macht Sinn.

Kann es sein, dass die SVP und der FDP an den Bedürfnissen der Wirtschaft vorbeipolitisieren? Wann erkennt Ihr die Zeichen der Zeit? Wenn dies nicht bald passiert, fährt der Zug leider ohne Euch ab!

Hans Keel (SVP): *Ich vertrete das Volk von Uster und nicht das Unternehmen Nestlé. Ich bin froh, dass wir jetzt eine Aussage zu den Kosten erhalten haben. Wir haben es dann gut gemacht, werden aber Mühe haben, das Geld dafür zu erhalten.*

Markus Ehrensperger (SVP): *Es ist völlig unbrauchbar, das Unternehmen Nestlé mit unserer Stadt Uster zu vergleichen. Bei Nestlé kann gewählt werden, ob wir dort etwas kaufen wollen. In Uster werden Steuern erhoben zwangsweise.*

Peter Müller (FDP): *Zum Steilpass von Kollege Patricio Frei merke ich an: Heute wurde klar, dass wir einen qualitativen Beitrag zur Verbesserung des Massnahmenplans geleistet haben. Unser Beitrag hat damit zu tun, dass der Massnahmenplan mit den entsprechenden Ressourcen umgesetzt werden soll. Den Vorwurf zu machen, wir hätten die Zeichen der Zeit nicht erkannt, weise ich darum zurück.*

Silvio Foiera (EDU): *Nach dem hier mehrmals der Term Netto Null kolportiert worden ist, möchte ich darüber noch ein paar Worte verlieren. Netto Null ist ein rechnerischer Begriff, keine technische Realität. Sie können Netto Null erreichen ohne ein Kilogramm CO₂ einzusparen. Als nicht ernst zu nehmendes Beispiel: Wenn in der Cafeteria im 5. Stock des Stadthauses 5 Personen den Lift betreten und im EG 8 Personen aussteigen, müssen noch 3 Personen zusteigen damit der Lift leer ist. Dies ist rechnerisch korrekt, realistisch natürlich Blödsinn. Ich hatte vor Kauf des Elektrofahrzeugs einen Benzinbedarf von einer Tankfüllung pro Woche. Das ergibt gute 3000 Liter Benzin pro Jahr. Bei einem grossen Tankstellenbetreiber kann dies durch freiwillige Zuzahlung von 1Rp/l CO₂ kompensiert werden. Das ergibt einen Aufpreis von CHF 30 pro Jahr. Meine Damen und Herren, da ist die Schwankung im Benzinpreis für eine Tankfüllung bald höher. Netto Null im Heizbedarf kann aber auch erreicht werden, wenn Öl und Gas durch Holz und Holzkohle ersetzt werden. Es ist dann jedoch mit morgendlichem Russniederschlag wie zu früheren Zeiten zu befürchten. Einige Zahlen: Bei einem vollständigen Umstieg auf Elektromobilität ist gemäss EMPA ein zusätzlicher Energiebedarf von +20 % über das ganze Jahr zu erwarten. Das ist «handlebar». Für Wärme sind hingegen +50 % Energiebedarf zu erwarten – ungünstigerweise in dem mit erneuerbarer Erzeugung schwachen Winterhalbjahr. Eine Unabhängigkeit in der Energieversorgung vom Ausland und Wertschöpfung in der Region sind zu begrüssen. Ich möchte daher vor dem Erlassen neuer Verbote dafür plädieren, primär zu ermöglichen, wo Willen und Motivation vorhanden sind.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Wir haben in mehreren Voten gehört, dass noch Fragen im Raum stehen: Die Frage von Beatrice Caviezel zum Denkmalschutz und den Solaranlagen möchte ich gleich hier beantworten und das Missverständnis klären, wonach beides nicht zusammengeht. Auch bei Denkmalschutz-Objekten ist das möglich, aber die Anforderungen gesetzliche Art sind einfach höher. Dem ist Rechnung zu tragen. Meine Abteilung berät entsprechende Bauherrschaften gerne dazu. Auch hier gilt im Sinne konservativen Denkens: Nicht Entweder-Oder, sondern und (Denkmalschutz und Klimaschutz).*

Detailabstimmung

Die Kommission Soziales und Gesundheit beantragt folgende Änderung von Ziffer 1 (Änderung unterstrichen, d. h. „zustimmend“ sei zu streichen):

Der Massnahmenplan Klima wird zur Kenntnis genommen.

Präsidentin Karin Niedermann (SP): *Wird zum Antrag der KSG jetzt kein Gegenantrag gestellt oder Auszählung nicht verlangt verlangt, ist dieser Antrag ohne Abstimmung als Beschluss des Gemeinderats zu erklären (Art. 36 Abs. 3 GeschO GR).*

Das ist der Fall.

Der Gemeinderat hat dem Antrag der KSG zugestimmt.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

- 1. Der Massnahmenplan Klima wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

4 Leistungsmotion 618/2021 von Patricio Frei (Grüne) und Andreas Pauling (Grünliberale): "Städtische Gebäude für die Sonnenenergie nutzen"

Von Patricio Frei (Grüne) und Andreas Pauling (Grünliberale) ist am 31. Januar 2021 folgende Leistungsmotion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Nutzung der Sonnenenergie zu fördern. Er soll aufzeigen, wie er das brachliegende Potential auf den Dächern und Fassaden städtischer Liegenschaften besser nutzen und die Gewinnung von Sonnenenergie in den kommenden Jahren ausbauen kann.

Begründung

Die Energiewende ist in der Schweiz machbar. Weg von fossilen Energieträgern und der Atomenergie. Das bedingt einen Umbau der Energieversorgung. Gemäss Szenario «Zero Basis» des Bundesamts für Energie wird die Sonnenenergie bis 2050 einen beträchtlichen Teil der inländischen Stromproduktion sicherstellen müssen: nebst der Wasserkraft (53 Prozent) macht sie in 30 Jahren einen Anteil von gut 45 Prozent an der Gesamtproduktion aus.

Gefordert sind bei der Energiewende nebst Bund, Kantonen und Privaten auch die Gemeinden. Auch für Uster gilt, möglichst viel der benötigten Energie vor Ort zu produzieren. Welches Potential hier brach liegt, offenbart der Blick auf die Solarpotenzialkarte des [GIS-Browsers](#): Allein auf den Dächern der beiden Schulhäuser Pünt und Oberuster liegen 724'000 kWh Sonnenenergie brach, was dem Bedarf von rund 160 Haushalten entspricht. Letztlich gewinnt die Stadt Uster nichts, wenn wir dieses Potential auf unseren Dächern weiterhin ungenutzt lassen.

Das Anliegen knüpft an die städtische Immobilienstrategie mit ihrem dezidierten Fokus auf Nachhaltigkeit an und unterstützt die Zielsetzung von Netto-Null Treibhausgasemissionen. Die Stadt Uster soll das Potential ihrer Liegenschaften für die Nutzung der Sonnenenergie möglichst optimal nutzen. Dazu soll sie bei Bedarf mit der Energie Uster oder anderen Anbietern zusammenarbeiten. Dabei wird es darum gehen, das genaue Potential herauszufinden, Anforderungen (Ertrag aus der zur Verfügung gestellten Fläche etc.) und einen Fahrplan für den zügigen Ausbau festzulegen. Anhand dieses Ausbauplans zeigt die Stadt auf, bis wann welche Flächen auf ihren Liegenschaften Sonnenenergie liefern werden. Die Leistungsmotion könnte in etwa so umgesetzt werden:

- Definition des Leistungsziels Z0x «Bis 2032 ist das Potential der städtischen Liegenschaften für die Sonnenenergie optimal genutzt.»

Dieses Leistungsziel wird an geeigneter Stelle in den Leistungsauftrag integriert.

- Definition der Leistung L0x «Bereitstellung erneuerbarer Energie, gemäss Ausbauplan»

Diese Leistung wird an geeigneter Stelle in den Leistungsauftrag integriert.

- Definition des Indikators I0x «Anteil der Fläche auf städtischen Liegenschaften, auf welcher die Sonnenenergie genutzt wird, an der gesamthaft nutzbaren Fläche, wie im Ausbauplan definiert»

Diese Indikatoren sind an geeigneter Stelle in den Leistungsauftrag zu integrieren.

Patricio Frei (Grüne) begründet die Leistungsmotion: *Diese Leistungsmotion ist ein wichtiger Mosaikstein für ein nachhaltiges Uster. Nur wenn wir die Sonnenenergie nutzen, vermag unsere Stadt einen Beitrag zur Energiewende zu leisten, also eine Versorgung mit erneuerbaren Energieträgern. Diese Leistungsmotion ist somit eng mit dem letztlich übergeordneten Massnahmenplan Klima verknüpft, den wir soeben behandelt haben. Und die Leistungsmotion ist gewissermassen ein Folgevorstoss zu meiner Petition 567, die mehr Solarstrom in der Ustermer Energieversorgung verlangte. Bei deren Behandlung hat sich gezeigt, dass die Energie Uster sehr interessiert daran ist, die grossen Flächen der städtischen Gebäude für die Gewinnung der Sonnenenergie zu nutzen. Das Potential ist beachtlich. Und letztlich gewinnt die Stadt Uster nichts, wenn wir dieses Potential auf unseren Dächern weiterhin ungenutzt lassen.*

Der Stadtrat zeigt sich in einer ersten Stellungnahme bereit, diese Leistungsmotion entgegenzunehmen. Das freut uns Grüne sehr. Auch der Stadtrat teilt unsere Ansicht, dass dieses Anliegen ideal zur städtischen Immobilienstrategie und eben auch zum Massnahmenplan Klima passt. Der Stadtrat nimmt die Idee eines Ausbauplans auf, der das Potential, die bauliche Machbarkeit, die Wirtschaftlichkeit und einen zeitlichen Fahrplan für die Umsetzung aufzeigen soll. Auch dies begrüssen wir sehr, einzige die Formulierung dazu stört uns: Der Stadtrat schreibt nämlich in seiner Stellungnahme, dass ein solcher Ausbauplan erstellt werden «kann». Weshalb nicht «soll»? Wir hoffen doch sehr, dass sich der Stadtrat da nicht ein Hintertürchen offen lassen will... Stattdessen wünschen wir uns eine klare Zusage des Stadtrats zu einem ambitionierten Vorgehen! Also nicht «Yes we can» sondern «Yes we do!»

Die Leistungsmotion lässt sich allerdings nur zügig und effizient umsetzen, wenn sie von der zuständigen Abteilung mitgetragen wird. Und diese scheint der Fall zu sein – zumindest kann dies aus der ersten Stellungnahme des Stadtrats herausgelesen werden –, ist in diesem speziellen Fall aber keine Selbstverständlichkeit. Denn gerade das Geschäftsfeld Liegenschaften dürfte durch die Kürzungen dieses Jahr in seinen Möglichkeiten eingeschränkt sein. Für die Bereitschaft zum Sonder-Effort gebührt dem Geschäftsfeld Liegenschaften deshalb ein dickes Lob.

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 95 vom 9. März 2021: Entgegennahme): *Der Leistungsmotionär hat bereits gesagt, dass genau dasjenige Geschäftsfeld, dem der Gemeinderat das Budget 2021 gekürzt hat, das Anliegen wird umsetzen müssen. Die Stadt Uster besitzt rund 200 Liegenschaften. Gemäss Leistungsaufträge 2021 wird ab dem Jahr 2021 der aktuelle «Gebäudestandard 2019» als Standard für die baulichen Massnahmen für die städtischen Gebäude eingeführt – allerdings wird sich die Umsetzung – wie bereits erwähnt – auf Grund der pauschalen Kürzung des Gemeinderates, wie Sie wissen, in diesem Jahr leider verzögern. Gemäss dem Bericht «Kommunale Energieplanung, Planungsbericht» prüft das GF Liegenschaften bei den geplanten städtischen Projekten, ob und wie ein umweltgerechter Energieverbrauch erreicht, oder auf alternative bzw. erneuerbare Energien umgestiegen werden kann – auch hier führt die pauschale Kürzung natürlich zu einer Verzögerung. Die Erstellung von Solaranlagen entspricht auch der Immobilienstrategie und der Stossrichtung des Massnahmenplans Klima. Die darin enthaltene Massnahme G4 fordert «Netto Null bis 2040 bei kommunalen Bauten». Auch hier gilt natürlich die Einschränkung wegen der pauschalen Kürzung, die zu personellen Engpässen geführt hat.*

Die Energie Uster AG baut eigene Solarstromanlagen und betreibt mehrere Solaranlagen auf dem Gemeindegebiet, drei davon wurden auf Dächern der städtischen Liegenschaften realisiert (Hallenbad, Sporthalle Buchholz und Schulhaus Krämeracker). Für die Installation und den Betrieb wurden zwischen der Energie Uster AG und der Stadt Uster jeweils Dachnutzungsverträge abgeschlossen. Nicht jedes Dach eignet sich für eine Solaranlage. Ein Ausbauplan, welcher das Potential, die bauliche Machbarkeit, die Wirtschaftlichkeit und ein zeitlicher Fahrplan für die Umsetzung berücksichtigt, kann in Zusammenarbeit mit der Energie Uster AG erstellt werden. Die Resultate können dann in geeigneter Form in die Leistungsaufträge des GF Liegenschaften aufgenommen werden. Mit der Beantwortung der Leistungsmotion können die Möglichkeiten und Grenzen von Solaranlagen auf städtischen Liegenschaften aufgezeigt werden. Wenn man von Potential spricht, ist es wichtig, drei Stufen zu unterscheiden: das theoretische, technische und wirtschaftlich-praktische Potenzial stehen zueinander in abnehmender Reihenfolge.

Der Stadtrat empfiehlt, die Leistungsmotion überweisen.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Vorab eine Bemerkung eine Bemerkung zum Votum des Abteilungsvorstehers Finanzen, und zwar dass die von ihm erwähnte Pauschalkürzung von 5 % im GF Liegenschaften das Globalbudget 2021 betrifft und nicht dasjenige für 2022, wo wir uns gegen entsprechende Kürzungen engagieren werden. Vor genau 10 Jahren fand die Reaktorkatastrophe von Fukushima statt. Sie läutete in der Schweiz die Energiewende ein. Konkret bedeutet dies weg von fossilen Energieträgern und der nicht nachhaltigen Kernenergie hin zu erneuerbaren, sauberen und sicheren Energiequellen.*

Auch die Stadt Uster wird in den kommenden Jahren auf erneuerbare Energieträger umsteigen. Das ist zwar reichlich spät, doch umso mehr freut es uns, dass der jetzige Stadtrat bereit ist, diese Leistungsmotion entgegenzunehmen. Damit sendet die Stadt wichtige Signale aus und nimmt ihre Vorbildfunktion wahr. Die Leistungsmotion ist ein starkes, verbindliches Instrument, das sicherstellt, dass es auch effektiv vorwärtsght.

Deshalb fordern wir eine ambitionierte Umsetzung. Für Private müssen die Rahmenbedingungen attraktiver gestaltet werden (z. B. Rückliefertarife), dann werden sie der Stadt folgen und ebenfalls die Solarenergie auf ihren Dächern nutzen.

Mit den Solaranlagen auf den städtischen Gebäuden Hallenbad, Sporthalle Buchholz und Schulhaus Krämeracker konnte bereits Erfahrungen gesammelt werden. Diese können nun genutzt werden, um ZÜGIG einen Ausbauplan zu erarbeiten und dann ZÜGIG umsetzen, so dass bald alle geeigneten städtischen Dächer für die Solarenergie genutzt werden.

Mit grossem Interesse werden wir die Umsetzung der Leistungsmotion verfolgen und den drauf folgenden Ausbauplan Solarenergie und dessen Umsetzung kritisch beobachten. Damit es aber so weit kommen kann, bitte ich Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, die Leistungsmotion zu überweisen.

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder** (SP): *Am 18. Januar 2021 behandelten wir hier im Rat den Bericht des Stadtrats zum Postulat 567/2019 von Patricio Frei. Unter anderem aufgrund jenes Berichts war klar, dass eine Steigerung des Anteils an Ustermer Solarstrom im Strom-Mix der Energie Uster AG auf 15 % oder mehr nur dann möglich wird, wenn genügend Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bereit sind, auf ihren Dächern eine Solarstromanlage zu erstellen. Klar ist, dass dabei insbesondere die Stadt in der Pflicht steht, mit gutem Beispiel voran zu gehen. So erhob ich denn bereits in jenem Referat die Forderung, dass bei Sanierungen oder Neubauten städtischer Liegenschaften konsequent darauf zu achten ist, dass – wo immer möglich bzw. vertretbar – die Dächer mit Solaranlagen versehen werden. Konsequenterweise reichten Peter Mathis-Jäggi und ich unmittelbar nach jener Sitzung zwei entsprechende Postulate zuhanden der Stadt wie auch der Sekundarschulgemeinde ein, worin wir diese einladen zu prüfen, wie auf ihren Liegenschaften gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der Energie Uster AG Solaranlagen erstellt werden können. Elf Tage später doppelten dann Patricio Frei und Andreas Pauling noch mittels heute zu behandelnder Leistungsmotion nach. Mit Ausnahme des Umstands, dass bei der Leistungsmotion die Sekundarschulgemeinde fehlt, ist somit dasselbe Thema in zwei verschiedenen Varianten zu behandeln, wobei es aus Effizienzgründen wohl zweckmässig gewesen wäre, die Postulate 615/2021 und 616/2021 ebenfalls für heute zu traktandieren. Inhaltlich kann ich auf das bereits vor zwei Monaten Gesagte sowie auf die Begründungen unserer beiden Postulate verweisen. Eine Steigerung der Anzahl Solaranlagen auf den Liegenschaften in öffentlichen Eigentum ist sowohl aus ökologischer wie auch ökonomischer Sicht wichtig und dringend. Auch wenn mit der vorliegenden Leistungsmotion eine gewisse Doppelspurigkeit bewirkt wird, stimmen wir ihr dennoch zu, zumal das Thema selbstredend einem Kernpunkt unserer langjährigen Energiepolitik entspricht.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvan Dürst** (SVP): *Zur Zeit kommen viele parlamentarische Vorstösse über die Erstellung von PV-Anlagen und deren Stromgewinnung. Nun auch noch eine Leistungsmotion, wir finden hier das gewählte Instrument falsch resp. verfrüht. Postulate in diese Richtung werden wir unter Vorbehalten künftig unterstützen, eine Leistungsmotion finden wir aber verfrüht.*

Die SVP/EDU Fraktion spricht sich klar für die Gewinnung von Energie, mittels nachhaltigen Quellen aus und wir sind durchaus der Meinung, dass wir unseren Strom weitgehend lokal produzieren müssen. Ebenfalls sind wir für effiziente Verbraucher wie Wärmepumpen und intelligente Strom-Management. Angst macht uns das unkoordinierte und topfenweise Vorgehen.

Wir sind der Meinung, es braucht klare Spielregeln für die Errichtung von Energie-Erzeugern und Verbrauchern, an die sich jeder halten kann. Nur mit Nachhaltigen Vorleistungen können wir mittelfristig Fahrt aufnehmen. Wir können nicht jede einzelne PV-Anlage vor dem Parlament erwähnen, dafür sind die Ressourcen zu knapp.

Auch wenn wir von Herzen gern dieses Anliegen unterstützt hätten, gefällt uns die Vorgehensweise nicht und sind der Meinung, dass wir mit tropfenweisen Vorstössen unser Ziel verfehlen.

Die SVP/EDU-Fraktion kann den Vorstoss der Grünen leider nicht unterstützen, versprechen aber einen Vorschlag zu erarbeiten, bei welchem wir auf Ihre Unterstützung zählen können.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Peter Müller** (FDP): *Wir haben die Änderung der Traktandenliste natürlich aus einem Grund gefordert. Die beiden Themen gehören zusammen, wobei der Massnahmenplan der Rahmen bildet und deshalb zuerst diskutiert werden sollte. Der Leistungsmotionär hat es auch gleich selbst gesagt: Diese Leistungsmotion „ist ein Folgeauftrag“ oder in der Geschäftssprache ein Teilprojekt.*

Wir haben nun aber alle gehört, dass in diesem Plan eine Kosten-Nutzen-Bewertung fehlt und gemäss Aussage der Verwaltung «zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der fehlenden Kostenschätzung keine Priorisierung möglich ist». Wir können nun nicht parallel eine weitere Forderung losschicken, ohne die Effekte und Abhängigkeiten zu kennen. Als Auftraggeber ist dieser schnelle Folgeauftrag nicht sinnvoll und wird auch dem Stadtrat als Auftragsempfänger nicht gerecht.

Wir können es kurz halten: Wir unterstützen diese Leistungsmotion nicht. Der Inhalt dieser Forderung kann gut als Postulat überwiesen werden. Wir wollen zuerst das Potential für Solarenergie auf den städtischen Liegenschaften und die benötigten Investitionen kennen, bevor wir Leistungsziele definieren, für die die Kosten-Nutzen-Effizienz unklar ist.

Das macht nicht nur im Sinne des Massnahmenplans Klima Sinn, sondern das sind wir den Steuerzahlern in Uster schuldig. Es macht aber auch aus Sicht als Aufsichtsorgan über den Stadtrat Sinn. Die Prüfung des Potentials für Sonnenenergie kann im Rahmen des Massnahmenplans Klima adressiert und geklärt werden. Dies, falls diese in der Gesamtschau aller möglichen Massnahmen auch als prioritär eingestuft werden sollte.

Keine weiteren Schnellschüsse also. Wir haben jetzt eine Übersicht der möglichen Massnahmen. Diese müssen bewertet und priorisiert werden.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 19:14 Stimmen:

- 1. Die Leistungsmotion 618/2021 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat (Behandlung im Gemeinderat am 6. Dezember 2021 mit Weisung 79/2021).**

6 Motion 606/2020 der SVP/EDU-Fraktion: Penum Primarschulpflegepräsidium/Abteilungsvorstand Bildung

Präsidentin Karin Niedermann (SP): *Natalie Lengacher (Grüne) ist als Schulleiterin tätig, womit § 32 Abs. 2 Gemeindegesetz (GG) über den Ausstand zu beachten ist. Allerdings gilt diese Ausstandspflicht nach Abs. 2 nicht für die Rechtsetzung im Parlament. Unsere Ratskollegin muss darum für dieses Geschäft nicht in den Ausstand treten* (Kommentar zum Zürcher Gemeindegesetz und zu den politischen Rechten in den Gemeinden, § 32, N 3.4, Rz 15; Zürich – Basel – Genf 2017).

Von der SVP/EDU-Fraktion ist am 14. Dezember 2020 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, mit welcher das Penum des Primarschulpflegepräsidiums / Abteilungsvorstandes Bildung auf dasjenige eines restlichen Mitglieds des Stadtrates angepasst wird. Ebenfalls sind zugehörige Regelungen anzupassen. Es ist nicht bis zur Revision der Gemeindeordnung zuzuwarten.

Begründung

Mit der Anstellung eines Gesamtschulleiters und der Reorganisation der Abteilungsleitung Bildung per 1. Juli 2020 ist der Aufgabenbereich des Präsidiums der Primarschulpflege / Abteilungsvorstandes Bildung wesentlich reduziert worden. Die Gesamtschulleitung übernahm gemäss ihrem Pflichtenheft einen Grossteil der Aufgaben. Das Penum der politischen Leitung sank auf das Niveau eines restlichen Mitglieds des Stadtrates, weshalb die entsprechenden Regelungen, insb. die Behördenentschädigungsverordnung, anzupassen sind.

Für die SVP/EDU-Fraktion begründet **Markus Ehrensperger (SVP)** die Motion: *2009 wurde das Penum des Primarschulpflegepräsidiums in einem umstrittenen Entscheid auf 80% erhöht und die Wahl separiert. Heute können wir einen ersten Schritt in Richtung Ausgleich machen. Falls ich mich übrigens mal verspreche und PräsidentIN sage, dann ist das nicht auf unsere heutige Primarschulpräsidentin bezogen, sondern weil ich in Uster nur Primarschulpräsidentinnen kenne und mich einfach daran gewöhnt habe. Zugegeben, unsere Motion ist eigentlich ein Anliegen der Grünen und der Grünliberalen. Wir haben den Ball aber gerne aufgenommen. Anstelle einer Aufgabenkonzentration beim Präsidium verlangten die Grünen 2009 nämlich eine Beibehaltung des Pensums und eine Stärkung der Verwaltung. Das Organigramm der Primarschule solle gleich gestaltet werden, wie in den übrigen Abteilungen. Hauptgrund für die Aufstockung, der auch wir damals zugestimmt haben, war nämlich, dass Gesamtschulleitungen damals nicht erlaubt waren. Die Primarschule selber hätte gerne eine Gesamtschulleitung gehabt und auf die Aufstockung verzichtet. Die Grünliberalen befanden damals sogar, dass dennoch ein 50 %-Penum reichen müsse und drückte ihr Bedauern aus, dass ihrem Antrag nicht gefolgt wurde. Auch die Grünliberalen betonten, dass die Variante mit einem Gesamtschulleiter viel besser gewesen wäre. Die Grünliberalen und die Grünen sagten, dass man wieder über die Bücher müsse, sobald die Verwaltung gestärkt worden sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit bald einem Jahr haben wir diese - ich zitiere nochmals die Grünliberalen – „einfachste, logischste und bürgernächste Variante“. Mit Markus Zollinger hat Uster einen Gesamtschul- und Abteilungsleiter. Seine Arbeit wird als sehr gut und professionell gelobt. Die Primarschule hat es in der Medienmitteilung vom April 2019 selbst geschrieben: Die Verwaltung wurde gestärkt und aufgebaut, die operative und betriebliche Führung delegiert. Die Schulpflege samt des Präsidiums konnte sich endlich auf das strategische Geschäft konzentrieren. Mit der zweiten Revision im letzten Jahr wurde die Verwaltung nochmals gestärkt und solide aufgestellt. Es gibt keinen Grund mehr, das Penum des Präsidiums beizubehalten. Der Stadtrat schreibt es in seiner ersten Stellungnahme zur Motion gleich selber: Es sind einzig noch politische Aufgaben beim Präsidium verblieben. Dazu können wir darauf hinweisen, dass wenn das Präsidium oder auch sonst Mitglieder der Schulpflege zusätzliche Aufgaben übernehmen, sind andere abzutreten oder die neue Aufgabe gleich zu delegieren. Die erwähnte Schulzahnklinik ist nämlich bereits im Gesamtpensenpool der Schulpflege enthalten. Es braucht halt einfach eine Aufgabenrochade und alles ist wieder gleichauf. Oder das bezahlte Amt wird ausserhalb des Pensums angenommen.*

In der ersten Stellungnahme des Stadtrates war von einer Anhäufung von Überstunden die Rede. Dazu müssen wir auf die Behördenentschädigungsverordnung verweisen und darauf hinweisen, dass bei Stadtratsmitgliedern keine Überzeit geltend gemacht werden kann. Es ist ein politisches Amt, das auch ein gewisses Mass privates Engagement erfordert. Delegieren, vertrauen und loslassen, das sind Stichworte für ein erfolgreiches strategisches Wirken. Mikromanagement gehört nicht dazu.

Sie sehen es: Alles ist eine Frage der Organisation. Und die Primarschulpflege und die Abteilung Bildung sind inzwischen ebenso aufgestellt, dass das Pensum des Präsidiums wieder reduziert werden kann.

Nach der Annahme der heutigen Motion können wir in einem zweiten Schritt dann über das Wahlprozedere befinden, nämlich ob das Primarschulpräsidium wieder mit dem ganzen Stadtrat zusammen gewählt wird. Dann wäre auch das Anliegen der SP zur ganzen Sache erfüllt.

Die Abteilungsvorsteherin Bildung, **Stadträtin Patricia Bernet**, nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 55 vom 2. Februar 2021: Ablehnung auch als Postulat): *Der Stadtrat hat in seiner ersten Stellungnahme dargelegt, aus welchen Gründen eine Reduktion des Pensums nicht möglich ist. Ich werde mich unter Umständen später nochmals äussern.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Andrea Grob** (FDP): *CHF 154'000; 80 % oder 77'000; 40 %? Mit der heutigen Motion bestimmen wir, ob das Primarschulpflegepräsidium von aktuell 80 % auf dasjenige Niveau eines restlichen Mitglieds des Stadtrates gesetzt werden soll.*

Das 80 %ige Primarschulpräsidium ist historisch gewachsen. Von ursprünglich 40% wurde es zu Zeiten von Sabine Wettstein auf 80 % erhöht – dies auf Wunsch der Primarschulpflege. Man hat hier auch zu den Städten Winterthur und Zürich geblinzelt... dort sind die Präsidien 80 %. Die Primarschule Uster ist heute aber sehr vorbildlich geführt. So wurden im Jahr 2020 ein Gesamtschulleiter wie auch ein Leiter Schulverwaltung eingesetzt. Das Präsidium Primarschulpflege wurde somit massiv in operativen Aufgaben entlastet. So ist die Führungsspanne für das Primarschulpräsidium von ursprünglich 21 auf 1 bis 2 Mitarbeitende gesunken - auch Schulbesuche finden praktisch nicht mehr statt, weil es hier eine gesetzliche Anpassung gab. Auch gibt es Möglichkeiten, Aufgaben zu delegieren. Beispiel: An einer Sitzung müssen selten Gesamtschulleiter und Primarschulpräsidium anwesend sein.

In der Schweiz sind wir stolz auf das Milizsystem. Mit einem 80 %-Pensum ist man aber eher ein Berufspolitiker. Ist das wirklich noch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger? Ist man da noch neutral? Oder geht es irgendwann darum, seine Stelle zu rechtfertigen? Wie eingangs erwähnt... 77'000 oder 154'000... ist doch ein Unterschied. Das Monetäre sollte nie ein Grund sein, politisch aktiv zu sein und ist es dank Milizsystem auch nicht.

Die FDP/CVP-Fraktion ist der Meinung, dass alle Stadtratsmitglieder unter Ausnahme des Stadtpräsidiums mit 40 % verpflichtet werden und sich selbst konstituieren sollen. Dazu soll zukünftig auch die Abteilung Bildung gehören. Nochmals, mit der Schaffung der Stelle Gesamtschulleiter im Jahre 2020 hat Uster eine sehr gute Basis geschaffen, welches dieses Pensum ermöglicht. Der Gesamtschulleiter erledigt die operativen Aufgaben, der zuständige Stadtrat oder die zuständige Stadträtin gibt die Strategie vor. Bleiben wir dem Milizsystem treu und „pushen“ keine Berufspolitizierende. Und sind wir ehrlich, wer die Arbeit sieht, der sieht sie. Das spricht für die jetzige Abteilungsvorsteherin. Wir denken aber, dass auch jeder andere Stadtrat sein Pensum problemlos erhöhen könnte aufgrund der anfallenden Arbeit. Das widerspricht aber unserem Milizsystem. Stadträte operieren strategisch. Sie müssen nicht an jeder Sitzung dabei sein. Wir appellieren darum: Auf strategischer Schiene bleiben und delegieren können an effektive Fachpersonen. Somit werden die Bürgerinnen und Bürger durch Steuergelder entlastet (in diesem Fall CHF 77'000 plus Sozialleistungen im Jahr) und die Arbeit an Fachpersonen übergeben. Die Primarschule bleibt politisch neutral – äusserst wichtig in diesem Bereich.

Die FDP/CVP-Fraktion empfiehlt in der Mehrheit, die Motion 606/2020 anzunehmen und das Pensum des Primarschulpflegepräsidiums/Abteilungsvorstands Bildung auf dasjenige eines anderen Mitglieds des Stadtrates per sofort anzupassen.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Eveline Fuchs** (Grüne): *Die Schule ist ein anspruchsvoller Ort geworden. Kinder wollen ganzheitlich gefördert und betreut, Eltern emphatisch abgeholt und Lehrpersonen optimal unterstützt werden. Und das ist gut so. Schliesslich bilden wir in unseren Schulen die Zukunft aus. Hin zu den täglichen Hürden und Herausforderungen kommt nun die Corona-Krise, welche auch die Schule im letzten Jahr massgebend geprägt hat. Mittendrin ist unsere Schulpflegepräsidentin Patricia Bernet. Sie kommuniziert, organisiert und delegiert auch in den grössten Krisen ruhig, besonnen und professionell. Sie hat eine höchst anspruchsvolle Aufgabe. Öffentlichkeitsarbeit, Schulhausbau, Einführung der Tagesstrukturen, Krisenmanagement, Schulentwicklung: Das sind nur ein paar wenige Schlagworte, die die Inhalte ihre Arbeit umschreiben. Nun möchte die SVP/EDU-Fraktion das Pensum des Schulpflegepräsidiums drastisch kürzen. Der Grund sei die Neuanstellung des Gesamtschulleiters Markus Zollinger und die Reorganisation der Abteilungsleitung Bildung per 1. Juli 2020. Die Motionäre glauben zu wissen, dass sich aufgrund dieser Veränderungen das Pensum der Schulpflegepräsidentin auf das Niveau der restlichen Mitglieder des Stadtrates, also 40 %, reduzieren lässt. Da wurde offensichtlich nicht verstanden, dass die Schaffung der Stelle eines Gesamtschulleiters in der grössten Schulgemeinde des Kantons Zürich längst überfällig war. Nur schon die Führung der inzwischen über 17 Schulleiterinnen und Schulleiter können nicht auch noch zusätzlich von einem Schulpflegepräsidium bewältigt werden. Uster wächst und die Anforderungen an die Primarschule steigen entsprechend weiter. Der zeitliche Aufwand für das Schulpräsidium ist ausserordentlich hoch, weil die Arbeit zweier Behörden, nämlich Stadtrat und Schulpflege, koordiniert werden muss. Kommt dazu, dass es sich bei der Primarschulpflege um einen Betrieb handelt, der mit einem grösseren KMU zu vergleichen ist. Die Primarschule Uster beschäftigt momentan 640 Angestellte und unterrichtet über 3000 Kinder. Bei einem vergleichbaren KMU in der Privatwirtschaft käme kaum jemand auf die Idee, das Pensum des CEO zu kürzen. Die Anforderungen und die Ansprüche an das Primarschulpräsidium sind hoch und wachsen mit den steigenden Einwohner- und Schülerzahlen stetig. Die mit der Motion geforderte Reduktion des Pensums des Primarschulpräsidiums ist vor diesem Hintergrund nicht vertretbar. Wir Grüne lehnen deshalb die vorliegende Motion ab.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Walter Meier** (EVP): *Mit der Anstellung eines Gesamtschulleiters und der Reorganisation der Abteilungsleitung Bildung per 1. Juli 2020 ist der Aufgabenbereich des Präsidiums der Primarschulpflege/Abteilungsvorstandes Bildung wesentlich reduziert worden. Das Pensum der politischen Leitung sank auf das Niveau eines restlichen Mitglieds des Stadtrates, weshalb die entsprechenden Regelungen anzupassen sind. Das ist die Begründung und die Forderung der von Markus Ehrensperger eingereichten Motion. Wie wir alle wissen, lehnt der Stadtrat die Motion ab, weil das Pensum des Primarschulpräsidiums eben nicht dem eines restlichen Mitglieds des Stadtrates entspricht, auch nach Anstellung eines Gesamtschulleiters nicht. Das Pensum ist einfach erträglich geworden, die Anzahl der Überstunden ist gesunken. Die Primarschule Uster ist eine der grösseren Schulen im Kanton Zürich und dürfte mit sieben Schuleinheiten, HPSU, SPD, Tagesschule und neu Schulgesundheits eine der Komplexesten sein. Die Schulpräsidien der Kreisschulpflegen in Winterthur und Zürich sind keine Teilämter, wie das in Uster der Fall ist. Schon diesem Vergleich hält das Ansinnen der Motion nicht stand. Wir lehnen ab. Was uns aber doch sehr verwundert ist Folgendes: Gäbe es denn aus der SVP Kandidatinnen und Kandidaten fürs Primarschulpräsidium, wenn es ein 40%-Amt wäre? Da wir uns dies nicht vorstellen können, müssen wir davon ausgehen, dass sich die SVP davon verabschiedet hat, je eine Kandidatur fürs PSU-Präsidium zu stellen.*

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner** (SP): *Der erste Gedanke war: Was soll diese Motion? Warum jetzt? Ist das der richtige Zeitpunkt? Sachliche Gründe können wir beim besten Willen nicht finden. Es handelt sich da um reine Parteipolitik im Hinblick auf die nächsten Wahlen. Eine Kandidatur für ein 80 %-Pensum aufzubauen ist natürlich schwieriger als für ein 40 %-Pensum. Es geht also einmal mehr nicht um die Sache. Schade.*

Wir stellen uns den Ablauf so vor: Zuerst legen wir fest, wie viele Mitglieder die Primarschulpflege in Zukunft hat. Das werden wir mit der neuen Gemeindeordnung (GO) definieren. Die Gemeindeordnung wird voraussichtlich bis Ende Jahr beraten sein. Auch sollten wir den Entscheid abwarten, was mit der Sekundarschule, mit der Grenzbereinigung, passiert. Denn es ist durchaus denkbar, dass wir auf 2026 eine Einheitsgemeinde mit einer einzigen Schulpflege sind. Das wäre effizient. Anschliessend können wir über Pensa von Exekutivmitgliedern diskutieren.

Die Pensa der Stadtratsmitglieder sollten regelmässig überprüft werden. Aber von allen, nicht für einzelne. Denn politische Aufgaben ändern sich. Und nicht alle Stadtratsmitglieder haben vermutlich die gleiche Arbeitsbelastung. Mitglieder mit einer eigenen Exekutivbehörde könnten dabei ein höheres Arbeitspensum haben. Die Überprüfung der Pensa muss zeitlich so erfolgen, dass Kandidierende für den Stadtrat die Pensa vorab kennen und sich entsprechend vorbereiten können. Der Motionär sagte vorhin, es sei ein politisches Amt. Da stimmen wir ihm zu.

Jetzt vorgängig an einem Schräubchen zu drehen, wie das die SVP will, macht wirklich keinen Sinn. Das sehen all diejenigen ein, die an einer effizienten Lösung interessiert sind und die Parteipolitik hintenanstellen. Wir lehnen die Motion ab.

Stadträtin Patricia Bernet: Eine sehr gute Führung der Schulverwaltung und der Schule. Ein Lob über die gute Führung der Primarschule. Ich danke herzlich für diese Lobe. Es freut mich sehr. Sie erinnern sich bestimmt. Vor meiner Amtszeit und zu Beginn gab es diverse Vorstösse zur Führung der PSV. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei. Sie bedurften 7 Jahre harter Arbeit, eine Reorganisation und Pensenerhöhung mit dem Einsatz des GSL. Wo wollen Sie in weiteren 4 Jahren stehen? Ihr Anliegen wäre ein Rückschritt.

Fakten: Wie in der ersten Stellungnahme ausgeführt umfasst das Jahr 2020 ein 100% Pensum, statt eines 80% Mandates. 70% von den 100% umfassen politische Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Gemeinderat, der Primarschulpflege und dem Stadtrat. Weitere wesentliche Aufgaben wie Teilnahme an übergeordneten strategischen Sitzungen Schulraumgesamtplanung oder Tagesschule wie auch der Austausch mit anderen übergeordneten Gremien kommt noch dazu. Woher die Aussage in der Motion kommt «Das Pensum der politischen Leitung sank auf das Niveau eines restlichen Mitglieds des Stadtrates» ist mir deshalb ein Rätsel.

Gemeindeordnung: Besonders störend in der Motion ist die Aussage: «Es ist nicht bis zur Revision der Gemeindeordnung zuzuwarten.» Gerade die Revision der Gemeindeordnung hat einen wesentlichen Einfluss auf die Belastung des Präsidiums.

1. Zum einen muss die Funktion der Abteilungsleitung/Gesamtschulleitung rechtlich in der GO verankert werden.
2. Zum anderen hat die Anzahl der Primarschulpflege-Mitglieder einen erheblichen Einfluss auf die Belastung des Präsidiums. Wie in der Personalführung gilt auch hier «es werden Köpfe und nicht Stellenprozente geführt». Je grösser die Schulpflege umso aufwändiger ist der Koordinations- und Führungsaufwand mit Gremien, Steuergruppen, Arbeitsgruppen oder dem persönlichen Austausch. Die Faktoren Anzahl PSP und Belastung Präsidium bzw. Pensum Präsidium stehen deshalb in einem direkten Zusammenhang. Dass ausgerechnet die SVP die Grösse der Primarschulpflege beibehalten will, aber gleichzeitig den Aufwand, der daraus resultiert, nicht erkennt, ist befremdlich.

Eine Reduktion des Pensums müsste deshalb zwingend im Kontext mit der Reduktion der Anzahl der Schulpflegemitglieder stehen. D.h. sie müsste auch in diesem Zusammenhang geprüft werden. Allgemeine Belastung und Schaffung einer neuen Stelle Gesamtschulleitung: Wie in der ersten Stellungnahme des Stadtrates ausgeführt, ist sowohl die Abteilungsleitung wie auch die Abteilungsvorsteherin durch die Schaffung der 100%-Stelle des Gesamtschulleiters entlastet worden. Die Schaffung dieser Stelle war eine dringende Notwendigkeit:

- Einerseits verhalf die neue Stelle dazu die grosse PSU pädagogisch zu führen und damit die Qualität in der Führung und Schulentwicklung zu erhöhen.
- Andererseits ist die Erhöhung um 100 % dringend notwendig gewesen um der permanente Überbelastung der Abteilungsleitung und Abteilungsvorsteherin Abhilfe zu schaffen. – Diese Überbelastung wurde übrigens noch von den Vorgängern und Vorgängerinnen bzw. den von ihnen geschaffenen Strukturen übernommen worden.

Es ist deshalb nicht sinnvoll die 280 % um 40 % zu reduzieren. Im Gegenteil: Führer leisteten vielmehr zwei Personen ein 280 %-Pensum. Jetzt ist das Arbeitsvolumen vernünftig aufgeteilt. Das Pensum des Präsidiums soll deshalb bei 80 % bleiben.

Es ist interessant in der Motion zu lesen: «Das Pensum der politischen Leitung sank auf das Niveau eines restlichen Mitglieds des Stadtrates.»

Woher hat der Motionär diese Aussage? Mit mir hat er nie gesprochen. Von einem Schulpflegemitglied kann er sie auch nicht haben. Denn: Gerade im letzten halben Jahr ist die zeitliche Belastung des Präsidiums mehrfach ein Thema an Schulpflegesitzungen gewesen.

Schulzahnklinik: Schulzahnklinik: korrekt aktuell bereits in Schulpflege. Nur: dies war nicht mit den aktuellen Aufgaben vorgesehen gewesen. Die aktuellen Aufgaben mit der Statutenrevision/ Auflösung Zweckverband deutlich höher. Auch hier bedurfte es einer Reorganisation der Betriebskommission – der exekutive des Zweckverbandes sowie eines Auftrags für die Ausführung administrativer Arbeiten. Nur so konnte die zusätzliche Belastung aufgefangen werden.

Einheitsgemeinde: Die Entwicklung der Schulen in Uster ist noch offen. Der Gemeinderat hat sich für die Einheitsgemeinde ausgesprochen. Die Entwicklung zur Einheitsgemeinde steht noch bevor. Dann sprechen wir von einem 80+50%, also 130%Pensum. Wie dies mit 40% realisiert werden soll – ist mir rätselhaft.

Anstatt ein Jojo-Spiel aufgrund politischer Interessen durchzuführen, ist es zielführender die effektiven Fakten zu kennen und dann eine Organisationsstruktur zu schaffen, die nachhaltig funktioniert. Belastung im Stadtrat: Des Weiteren gilt bei einer Anpassung des Pensums des Abteilungsvorstands Bildung nach unten zu prüfen, ob die 40 %-Pensa der anderen Stadratsmitglieder adäquat und noch zeitgemäss sind. Es bräuchte deshalb auch hier eine grössere Auslegeordnung und Überprüfung der Belastungen im gesamten Gremium, um eine Lösung zu finden, die für alle Abteilungsvorstände stimmt.

Kosten sparen: Mit der Motion geht es darum Kosten zu sparen. Andrea Grob unterstellt auch monetäre Interessen. Doch auch hier besteht ein Trugschluss. Wenn das Pensum reduziert werden müsste, dann müsste die Verwaltung eine Pensenerhöhung erhalten. Denn wichtige Aufgaben entfallen nicht mit der Halbierung des Pensums. Sie werden an andere Personen übergeben. Damit steigt die Belastung bei diesen Personen. Es besteht auch hier ein Trugschluss. Es könnten keine Kosten eingespart werden.

Nachhaltigkeit: Wichtig bei all diesen Betrachtungsweisen ist die Nachhaltigkeit. Das Amt soll so ausgestattet sein, dass jede Person, die es übernimmt das Amt mit einem angemessenen Umfang bewältigen kann.

Es braucht ein verlässliches Pensum. Eine Anpassung des Pensums macht dann Sinn, wenn die Rahmenbedingungen klar sind und auf längere Zeit konstant bleiben. Das schafft Verlässlichkeit. Eine solche nachhaltige Lösung ist auf lange Sicht auch billiger.

Zum Schluss mein persönlicher Wunsch: Aufgrund meiner Erfahrungen in diesem Amt, ist es mir ein grosses Anliegen dieses Mandat in einer Art übergeben zu können, die leistbar ist.

- *Es braucht dafür einerseits eine gute funktionierende Organisationsstruktur. Diese konnten wir in den letzten Jahren schaffen.*
- *Andererseits braucht es einen adäquaten Stellenplan.*

Mit der Halbierung vom Pensum würden Sie den zweiten Teil zunichtemachen.

Ich bitte Sie – im Namen der Schulpflege und des Stadtrates - die Motion abzulehnen.

Balthasar Thalmann (SP): *Wenn ich hier so zuhöre, dann tönt es für mich wie eine Aufwärmrunde für die anstehende Diskussion um die Gemeindeordnung. Heute sind viele Voten zum Wahlprozedere und dem Stellenwert des PSU-Präsidiums gefallen. Hier gilt zu beachten, dass es grundsätzlich drei Wahlverfahren gibt:*

1. *Wie heute wird das Präsidium aus der Mitte der Primarschulpflege von den Stimmberechtigten gewählt.*
2. *Das PSU-Präsidium wird analog dem Stadtpräsidium aus der Mitte des Stadtrats von den Stimmberechtigten gewählt.*
3. *Das PSU-Präsidium wird analog zum Präsidium der Sozialbehörde im Rahmen der Stadtratskonstituierung gewählt.*

Die letzte Variante ist de facto nur möglich, wenn das Pensum gleich den übrigen Stadratsmitgliedern ist. Ob aber eine solche Variante überhaupt von den Stimmberechtigten goutiert wird, muss man sich gut überlegen. In Horgen haben die Stimmberechtigten entgegen der Empfehlung des Gemeinderats darauf beharrt, dass Primarschulpflegepräsidium separat zu wählen, also wie meine erwähnte Variante 2. Im Übrigen bin ich für eine maximale Mitgliederzahl der Primarschulpflege von fünf.

Markus Ehrensperger (SVP): *Ich versuche, ein paar Punkte aufzunehmen. Zum Votum der Grünen: Alle aufgezählten Aufgaben gehören zum Tagesgeschäft und sind eben nicht Aufgabe der strategischen Schulpflege. Und die aufgezählten Strategien sind doch hoffentlich auf die Pflegemitglieder und Ressorts aufgeteilt. Oder was machen denn die den ganzen Tag?*

Die Führung der 17 Schulleiterinnen und Schulleiter ist ja eben neu Sache des Gesamtschulleiters. Die Schulpflege wurde entlastet und die Verwaltung gestärkt.

Und noch zum Vergleich mit einer Unternehmensleitung: Eben, es führt der CEO das Tagesgeschäft. Nicht der VR-Präsident. Fragt mal bei Nestlé, die geben gerne Auskunft.

Zur Grünliberale/EVP-Fraktion: Eben, die Schuleinheiten und diversen Spezialschulen werden alle neu durch den Gesamtschulleiter geführt.

Und ja, wir würden sicherlich auch jemanden für das 40%-Pensum finden.

Zur SP: Wir sollen reine Parteipolitik machen? Ausgerechnet die SP, die heute im AvU zugegeben hat, dass alle ihre doppelt-gemoppelt-Vorstösse nur für den Wahlkampf sind, wirft uns Parteipolitik vor?!

Die SP will einfach die „Ämtli“ ihrer Genossen beschützen, das kennen wir ja. Und danach noch die Schulpflege professionalisieren und vom Milizsystem wegführen. Das steht ja wahrscheinlich sogar im Parteiprogramm.

Und dass das Pensum beim Stadtrat vor der Wahl bekannt sein soll: Das ist ja genau das Gegenteil der Haltung von 2009. Balthasar Thalman hat es soeben angetönt.

Zu den Ausführungen des Stadtrates: Das Primarschulpräsidium führt neu genau noch eine Person in der Verwaltung und die Schulpflege.

Wie die Reduktion des Pensums des Präsidiums mit der Reduktion der Schulpflegenglieder einhergeht, erschliesst sich mir nicht. Da muss ich noch darüber studieren.

Zur Schulzahnklinik: Wer führt denn diesen Zweckverband? Was machen denn die Vorstandsmitglieder die ganze Zeit?

Und zur Ablehnung im Namen der Schulpflege: Wann hat die Schulpflege die ablehnende Haltung zur Motion beschlossen?

Stadträtin Patricia Bernet zur letzten Frage Markus Ehrenspergers: *Das wurde an der letzten Sitzung der Primarschulpflege so beschlossen.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 14:19 Stimmen:

- 1. Die Motion 606/2020 wird a b g e l e h n t .**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Postulat 608/2020 von Florin Schütz (SP) und Mary Rauber (EVP): Hilfe bei häuslicher Gewalt, Unterstützung des Frauenhauses Zürcher Oberland

Von Florin Schütz (SP) und Mary Rauber (EVP) ist am 22. Dezember 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, was die Stadt Uster zum langfristigen Bestehen des Frauenhauses Zürcher Oberland beitragen kann. Dies insbesondere in finanzieller Hinsicht und bei Bedarf auch über anderweitige Unterstützungsmassnahmen wie das zur Verfügung stellen von städtischen Immobilien.

Begründung

Häusliche Gewalt ist allgegenwärtig in unserer Gesellschaft, in der grossen Mehrheit der Fälle sind die Betroffenen Frauen. Studien gehen davon aus, dass rund jede vierte Frau in der Schweiz einmal in ihrem Leben Opfer häuslicher Gewalt wird. Alle zwei Wochen wird eine Frau in ihrem eigenen Zuhause ermordet. Die Corona-Pandemie hat die Situation noch einmal drastisch verschärft: Durch Lockdown und Homeoffice verstärkten und häuften sich Konfliktsituationen, gleichzeitig wurde die Gewalt weniger sichtbar und Betroffene hatten Mühe, sich Hilfe zu holen, wenn der Täter durchgehend anwesend war. Nach dem Lockdown kam es daher zu einem schlagartigen Anstieg der gemeldeten Fälle, die Zürcher Beratungsstelle für Frauen (BIF) registrierte in den ersten neun Monaten des Jahres 2020 einen Anstieg um rund einen Viertel.

Das Frauenhaus Zürcher Oberland bietet gewaltbetroffenen Frauen und Kindern Schutz, Unterkunft, Beratung und Begleitung an. Im Frauenhaus finden Klientinnen Platz, die körperliche, psychische oder sexuelle Gewalt erfahren in ihrer Ehe, Partnerschaft oder in der Familie. Aber auch Frauen und Kinder, die von ihren Partnern oder Familienangehörigen bedroht, gesucht oder stark kontrolliert werden, können ins Frauenhaus eintreten. Das Frauenhaus leistet damit unverzichtbare Unterstützung für Betroffene häuslicher Gewalt und kann vielfach wohl auch verhindern, dass es zu noch tragischeren Folgen für die Opfer kommt.

Umso wichtiger, dass das Bestehen dieser Institution langfristig gesichert ist. Die Corona-Pandemie hat zu massiven Zusatzausgaben geführt, die Platzanzahl musste verdoppelt werden. Zwar hat der Kanton bis mindestens Ende Jahr eine Kostenübernahmegarantie für zusätzliche Aufnahmen gesprochen, dennoch fallen für Schutzmaterial und Co. weitere ungedeckte Zusatzausgaben an. Die Pandemie-Situation erfordert zudem eine intensivere Betreuung der Klientinnen, diese Kosten werden ebenfalls nicht durch den Kanton gedeckt.

Doch auch unabhängig von der Pandemie ist das Frauenhaus auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Zum grossen Teil finanziert sich die Institution über Spenden- und Stiftungsgelder sowie über kantonale und kommunale Beiträge. Zahlreiche Oberländer Gemeinden (z. B. Hinwil, Rüti oder Maur) beteiligen sich mit freiwilligen Beiträgen an der Finanzierung des Frauenhauses, von der Stadt Uster ist bisher noch kein Rappen geflossen.

Das Frauenhaus Zürcher Oberland bietet auch Ustermer Frauen Beratung und einen Ausweg aus der Gewalt. Dazu kommen Nachberatungen für ehemalige Klientinnen, stationäre Nachsorge sowie Sensibilisierungs-Kampagnen. Die Stadt Uster hat dementsprechend höchstes Interesse an einem langfristigen Bestehen dieser Institution und es wäre nichts als richtig, wenn sich die Stadt, genauso wie andere Gemeinden, finanziell am Frauenhaus beteiligen würde.

Florin Schütz (SP) begründet das Postulat: *«Er schleuderte mich so hart gegen einen Wandschrank, dass ich den Abdruck des Türgriffs noch fast zwei Monate lang am Rücken hatte. (...) Er riss mich an den Haaren und brüllte so stark, dass ich dachte, das ganze Quartier würde es hören.» Was eine von häuslicher Gewalt Betroffene im vergangenen Jahr gegenüber SRF erzählte, ist bittere Realität für tausende Frauen in der Schweiz. Alle zwei Wochen wird eine Frau in ihrem eigenen Zuhause ermordet. Knapp 20'000 registrierte Fälle von häuslicher Gewalt allein im Jahr 2020. Die Dunkelziffer: Noch einmal massiv höher. Studien gehen davon aus, dass rund jede vierte Frau in ihrem Leben einmal von häuslicher Gewalt betroffen ist.*

Und die Corona-Krise hat dieses Problem noch einmal drastisch verschärft: Die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie machten die Gewalt noch unsichtbarer als zuvor und die Betroffenen hatten kaum mehr Möglichkeiten den Tätern auszuweichen. Die Zürcher Beratungsstelle für Frauen registrierte in den ersten neun Monaten des Jahres 2020 einen Viertel mehr gemeldete Fälle. Betroffene Frauen fühlen sich häufig allein gelassen: Nachbarinnen und Nachbarn ignorieren die Schreie, Gewaltspuren werden nicht angesprochen, man will sich nicht ins vermeintliche Privatleben anderer Personen einmischen. Und vielfach trauen sich die Opfer auch nicht, die erlebte Gewalt in ihrem Umfeld anzusprechen. In so einer Situation können Frauenhäuser die rettende und mitunter auch lebensrettende Anlaufstelle sein.

Aber: Die Frauenhäuser in der Schweiz sind überlastet. Im Frauenhaus Zürcher Oberland musste die Platzanzahl aufgrund der Pandemie verdoppelt werden. Der Kanton Zürich hat zum Glück reagiert und zumindest vorübergehend eine Kostenübernahme für die zusätzlichen Klientinnen zugesichert, weitere Notwendigkeiten wie Hygienematerial und Co. führten aber dennoch zu höheren ungedeckten Ausgaben.

Und ganz abgesehen von der Pandemie: Das Frauenhaus Zürcher Oberland ist für sein Funktionieren derzeit stark auf Privatpersonen und Stiftungen angewiesen. Die Beiträge von Gemeinden und Kanton reichen bei weitem nicht aus, um das Bestehen dieser so wichtigen Institution zu sichern. Das liegt auch daran, dass nur wenige und vor allem fast nur kleinere Gemeinden im Zürcher Oberland freiwillige Beiträge leisten. Von der Stadt Uster floss lange Zeit kein Beitrag, bzw. nur indirekt über Fallpauschalen, welche aber gemäss dem Frauenhaus die effektiven Betriebskosten nicht decken können. Dass nun aufgrund der Pandemie zumindest ein einmaliger Beitrag gesprochen wurde, freut uns zu hören, aber das reicht noch nicht.

Die Dienstleistungen des Frauenhauses Zürcher Oberland sind für die Einwohnerinnen der Stadt Uster enorm wichtig und sie sind auch äusserst vielfältig: Beratungen, Unterkunftsmöglichkeiten, Nachberatungen für ehemalige Klientinnen, stationäre Nachsorge sowie Sensibilisierungskampagnen. Es wäre nichts als richtig, wenn sich die Stadt Uster am Bestehen dieser Institution beteiligen würde.

Genau das wollen wir mit unserem Postulat erreichen. Ob dies nun nur finanziell passiert oder auch mit weiteren Massnahmen wie z. B. gemeinsamen Sensibilisierungskampagnen in der Bevölkerung, das haben wir bewusst offengehalten. Zumindest finanziell ist der Bedarf an Unterstützung aber vorhanden, das wurde im Gespräch mit der Geschäftsleitung des Frauenhauses Zürcher Oberland auch so geäussert. Wir bitten euch daher, dieses Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

Die Abteilungsvorsteherin Soziales, **Stadträtin Petra Bättig**, nimmt Stellung (*Stadtratsbeschluss 56 vom 2. Februar 2021: Entgegennahme*): *Bereits im letzten Jahr hatte ich aufgrund der dringlichen Zuschrift von Salome Schaerer zur Zunahme der häuslichen Gewalt Kontakt mit Frau Krebs, der Präsidentin des Frauenhaus Zürcher Oberland. Wir hatten ein gutes Gespräch und hatten vereinbart, dass sie sich melden können, falls sie unsere Unterstützung brauchen, zB weil sie kurzfristig eine Unterkunft suchen. Kurz danach haben wir dem Frauenhaus ausnahmsweise 3000 Franken überwiesen. Einfach, weil auch wir davon ausgingen, dass in Zeiten der Pandemie Frauenhäuser eine wichtige Aufgabe haben, dass in Zeiten, wo Familien, teilweise mit finanziellen Problemen lange auf kleinem Raum eingesperrt sind, Konflikte vermehrt auftreten können und Frauenhäuser wohl auch öfters aufgesucht werden oder um Beratungen gebeten werden.*

Anschliessend haben wir im 2020 aber keine Anfrage um Unterstützung ob finanziell oder inhaltlich bekommen.

Ich war dann etwas irritiert, als ich in der Zeitung lesen musste, dass wir das Frauenhaus nicht finanziell unterstützt hätten.

Einerseits, weil wir eben im letzten Jahr die 3000 Franken ausserordentlich bezahlt hatten, andererseits weil wir bei Bedarf für schutzsuchende Frauen und ihre Kinder mit Wohnsitz in Uster als Sozialbehörde subsidär nicht gedeckte Kosten übernehmen und schon immer übernommen haben. Was nicht finanziert ist, sind Beratungsgespräche, welche im Frauenhaus auch stattfinden – nur schon, weil wir dazu bis jetzt keine Zahlen bekommen haben. Da diese anonym stattfinden können.

Das Missverständnis konnte ich in der Zwischenzeit in Gesprächen mit der Präsidentin und mit der Geschäftsführerin der Frauenhauses Zürcher Oberland klären. Zum Zeitpunkt der Aussage, war der Jahresabschluss wohl noch nicht fertig. Unsere Unterstützung wurde deshalb noch gar nicht wahrgenommen. Diese Episode zeigt aber vor allem auf, dass die Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus nicht gänzlich unbelastet ist.

Ich finde es darum Zeit, für einen neuen Start dieser Diskussionen. Ich finde das Angebot des Frauenhauses sehr wichtig. Und zwar nicht erst seit Corona, wenn auch die Pandemie vielleicht verstärkt gezeigt hat, weshalb wir solche Frauenhäuser brauchen. Gleich wie bei anderen Angeboten auch, zB der Drogenprävention, kann ich mir deshalb vorstellen, dass wir das Frauenhaus Zürcher Oberland regelmässiger unterstützen und nicht nur, wenn Frauen aus Uster irgendwo Unterschlupf suchen. Wie man das genau machen kann, was hier wirklich sinnvoll ist, ist offen. Genau das könnte man im Rahmen der Beantwortung dieses Postulats genauer anschauen. Welchen Bedarf gibt es? Welche Möglichkeiten haben wir als Stadt Uster? Welche Unterstützungsform ist sinnvoll? Ich möchte Sie deshalb bitten, das Postulat zu überweisen. So können wir diese Fragen klären.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Eveline Fuchs** (Grüne): *Nicht nur in Zeiten von Corona, nein, auch in vermeintlich guten Zeiten ist häusliche Gewalt ein Thema in unserer Gesellschaft – leider. Die meisten Fälle betreffen Frauen und Kinder. Die Frauenhäuser in unserem Land sind das ganze Jahr über voll. Das Bestehen dieser Institutionen muss unbedingt langfristig gesichert bleiben.*

Häusliche Gewalt ist nichts Neues, möglicherweise hat jedoch die aktuelle Zeit viele für dieses Thema sensibilisiert. So erfuhren viele Menschen in den letzten Monaten, was es mit ihnen machen kann, wenn sie beinahe rund um die Uhr mit der ganzen Familie zusammen sind, oft in engen Wohnverhältnissen. Ausweichmöglichkeiten für Hobbies fehlen und Zeit für sich selber fällt meist ganz weg. Wenn dann noch die finanzielle Existenz bedroht wird, kann dies das Fass zum Überlaufen bringen und zu Gewaltausbrüchen führen.

Das Frauenhaus Zürcher Oberland ist als Verein organisiert. Um die unschätzbar wertvolle Arbeit sicherzustellen, ist es nebst Leistungen aus der kantonalen Opferhilfe auf Spenden angewiesen.

„Jeder Franken hilft“, ist auf der Website des Frauenhauses Zürcher Oberland zu lesen.

Der ersten Stellungnahme des Stadtrates können wir entnehmen, dass die Stadt Uster im Frühjahr 2020 einen Beitrag von Fr. 3'000 ausgerichtet hat. Um ein weiteres Zeichen der Wertschätzung zu setzen sowie einen Beitrag für die nachhaltige Sicherung dieser unverzichtbar wertvollen Institution zu gewährleisten, sollen in diesem Jahr und künftig weitere regelmässige Unterstützungsmassnahmen seitens unserer Stadt erfolgen.

Wir Grüne unterstützen das Postulat mit voller Überzeugung, wohlwissend, dass auch die Präventivarbeit in diesem Bereich nicht aus den Augen gelassen werden darf!

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Mary Rauber** (EVP): *„Gewalt gegen Frauen (...) kennt keine Grenzen, weder geographisch noch kulturell, noch im Hinblick auf materiellen Wohlstand. So lange sie anhält, können wir nicht behaupten, dass wir wirklich Fortschritte in Richtung Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden machen.“ (Kofi Annan, New York, 2000)*

Die Frauenhäuser in der Schweiz sind hoch ausgelastet. Das Frauenhaus Zürcher Oberland verlängert den Betrieb der vier zusätzlichen Zimmer für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder bis Mitte 2021. Gemäss Betriebsleiterin sind 25 % der Betriebskosten aus kantonalen Betriebsbeiträgen sicher gedeckt.

Eine gesicherte Finanzierung der Aufenthalte der schutzsuchenden Frauen und deren Kinder ist wesentlich für den Betrieb eines Frauenhauses. Neben den subsidiären Kostengutsprachen wurde von der Seite der Stadt im Frühjahr 2020 eine Spende von Fr. 3000 geleistet. Dies reicht jedoch nicht mal für den Ersatz einer Geschirrspülmaschine, welche im letzten Jahr ersetzt werden musste. Und die monatliche Miete übersteigt Fr. 10'000. Zudem sind zwei Plätze in einer Kita für das Frauenhaus reserviert und auch mit dem „Holzwurm“ gibt es eine kostenpflichtige Reservation für Kinder. Erlaubt mir, einiges zum Thema „Häusliche Gewalt“ zu sagen:

Jede Woche überlebt eine Frau in der Schweiz einen versuchten Femizid. Das berichtet das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann für das Jahr 2019. Im Kanton Zürich rückt die Polizei im Schnitt 15-mal pro Tag wegen familiärer Streitereien oder häuslicher Gewalt aus.¹ 10 bis 30 % der Kinder und Jugendlichen sind in ihrer Familie mit Häuslicher Gewalt konfrontiert². Gemäss Bundesamt für Gesundheit ist dabei der Alkoholmissbrauch ein wichtiger Faktor. Das Blaue Kreuz berichtet von rund 100'000 Kindern, die in alkoholbelasteten Familien aufwachsen. Übermässiger Alkoholkonsum ist eine Störung, die ein friedliches Familienleben verunmöglicht. So ist es auch kein Wunder, dass in der Schweiz 2019 neben insgesamt 943 Frauen fast ebenso viele Kinder in einem Frauenhaus waren. Dieser Aufenthalt dauerte durchschnittlich 39 Tage. 65 % der Kinder waren unter 6 Jahre alt³. Ja, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, diese Zahlen sind nichts Schönes. Und miterlebte Gewalt ist für Kinder besonders schwierig. Die Dachorganisation der Schweizer Frauenhäuser macht folgende Empfehlungen (2020: 22-24):

- 1) Kinder sind als Opfer häuslicher Gewalt wahrzunehmen und entsprechend zu unterstützen.*
- 2) Kindern im Frauenhaus ist eine Fachperson mit entsprechender Ausbildung zur Seite zu stellen.*
- 3) Interne oder externe Kinderbetreuung*

¹ <https://www.stopfemizid.ch/deutsch#de1> (Zugriff 13.3.2021)

² <https://www.zh.ch/de/sicherheit-justiz/delikte-praevention/gewalt-extremismus/haeusliche-gewalt.html#1247069913> (Zugriff 13.3.2021)

³ <https://frauenhaus-schweiz.ch> „Kinderschutz und Kindeswohl in Frauenhäusern“ (2020: 15)

- 4) *Finanzielle Entschädigung für kinderbezogene Leistungen im gleichen Umfang wie für Frauen.*
- 5) *Die Istanbul-Konvention (rechtsverbindlich seit 1.4.2018⁴) ist auf allen staatlichen Ebenen konsequent umzusetzen.*

Die Folgen von Häuslicher Gewalt sind für die Gesellschaft teuer und die Betroffenen leiden. Solche Schutzhäuser, wie das Frauenhaus eines ist, verdienen – nicht nur in dieser Corona-Zeit – gesicherte Unterstützung. Dem Stadtrat danke ich für seine Absicht, das Postulat entgegenzunehmen und ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvio Foiera** (EDU): *Das Frauenhaus Zürcher Oberland leistet unbestritten einen wertvollen, wichtigen und leider notwendigen Beitrag zur Sicherheit von Frauen und Kindern in Not im Zürcher Oberland.*

Wie der Antwort des Stadtrates zu entnehmen ist, rennt dieses Postulat jedoch offene Türen ein. Dem Frauenhaus ist bereits Niederschwellige Unterstützung seitens der Stadt gewiss.

Wie der Antwort ebenfalls zu entnehmen ist, wurden weder für das Jahr 2020, noch für das laufende Jahr Unterstützungsbeiträge angefragt.

Daher stellt sich die Frage, welche Unterstützung die Postulanten genau im Sinne hatten?

Da offensichtlich das Frauenhaus keine weitergehende Unterstützung erfragt, empfiehlt die SVP/EDU-Fraktion Ablehnung des Postulats.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Matthias Bickel** (FDP): *Wie wir alle wissen: Frauenhäuser sind leider nötig. Und sie wird es auch in Zukunft brauchen – Corona hin oder her. Gut also, dass es sie gibt!*

Frauenhäuser sind kantonale, überregionale Institutionen, die Finanzierung ist grundsätzlich geregelt. So auch bei den drei Frauenhäusern des Kantons Zürich. Sie sind aber auch auf Spendengelder angewiesen, um finanziell über die Runden zu kommen. Doch scheint das gut zu klappen: Frauenhäuser sind eine bekannte Institution und werden bei Spendenden oft berücksichtigt.

Entgegen der beinahe schon tendenziösen Berichterstattung in den Medien beteiligt sich die Stadt Uster bereits heute am Aufwand des Frauenhauses Zürcher Oberland – dies einfach fallspezifisch und nicht giesskannenmässig. Bis jetzt hat diese Handhabung funktioniert.

So spricht der Stadtrat in seiner Ersten Stellungnahme auch davon, dass das Frauenhaus Zürcher Oberland bis jetzt nicht auf die Stadt Uster zugekommen sei, obwohl die zuständige Stadträtin Petra Bättig bereits im Jahr 2019 via Medien dazu einlud.

Daraus schliessen wir, dass es mit dem Geld auch ohne städtischen Beitrag aufgeht. Wenn man sich den Geschäftsbericht 2019 des Frauenhauses Zürcher Oberland anschaut, dann weist die Institution gar einen Gewinn aus. Und mit der Aufstockung des Kantons von CHF 500'000 auf nun neu CHF 1.2 Mio. für die drei kantonalen Frauenhäuser sollte es auch für 2020 passen.

Wir finden einen Postulatsbericht daher nicht nötig und lehnen das Postulat grossmehrheitlich ab, gehen aber davon aus, dass das Postulat angenommen wird und werden etwelche nachfolgende Massnahmen genau anschauen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 19:13 Stimmen:

- 1. Das Postulat 608/2020 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

⁴ Übereinkommen des Europarates vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention; SR 0.311.35)

8 Kenntnisnahmen

Volksabstimmung vom 7. März 2021 (vergleiche Seite 911):

- Die Volksinitiative „Kulturland-Initiative für Nänikon: Landwirtschaft statt Betonklötze!“ wurde mit 6406:4593 Stimmen angenommen. Der Gegenvorschlag des Stadtrates wurde mit 6228:4203 Stimmen angenommen. Weil beide Vorlagen angenommen worden sind, wird mit der Stichfrage die Volksinitiative (5579 für die Volksinitiative und 4903 für den Gegenvorschlag) in Kraft treten (GRB 8.6.2020: Weisung 55/2020).
- Die Volksinitiative „Initiative gegen den sinnlosen Bau der Neuen Greifenseestrasse in Nänikon!“ wurde mit 5967:4953 Stimmen angenommen. Der Gegenvorschlag des Stadtrates wurde mit 6252:4092 Stimmen angenommen. Weil beide Vorlagen angenommen worden sind, wird mit der Stichfrage der Gegenvorschlag (5098 für die Volksinitiative und 5303 für den Gegenvorschlag) in Kraft treten (GRB 8.6.2020: Weisung 56/2020).

Rechtskraftbescheinigung

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 18. Januar 2021 sind beim Bezirksrat Uster bis 5. März 2021 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 622/2021 von Marius Weder (SP) vom 12. Februar 2021: „Was sind die Pläne für den Wohn-Teil des Zeughausareals?“
- 623/2021 von Markus Ehrensperger (SVP) und Barbara Schäufole-Keel (SVP) vom 15. Februar 2021: „Und ewig währt die Temporärhalle“
- 624/2021 von Silvio Foiera (EDU) und Paul Stopper (BPU) vom 8. März 2021: „eMobility“ bei Behördenfahrzeugen und Fahrzeugen Dritter i. A. der Gemeinde
- 625/2021 von Peter Mathis-Jäggi (SP) vom 24. Februar 2021: Tempo-30-Zone in der Aathalstrasse zwischen Talweg und Steigstrasse
- 626/2021 von Martin Camponovo (SP) vom 24. Februar 2021: Bedarfsgerechte soziokulturelle Angebote in Uster
- 627/2021 von Monika Fitze (SP) und Angelika Zarotti (SP) vom 24. Februar 2021: Ausgangslage Kindergarten
- 628/2021 von Angelika Zarotti (SP) vom 9. März 2021: „Stoffkreisläufe schliessen – mehr Asphaltrecycling in Uster“
- 629/2021 von Martin Camponovo (SP) vom 9. März 2021: „Weniger Food Waste möglich?“

Folgende Anfrage ist beantwortet worden.

- 611/2021 von Peter Mathis-Jäggi (SP) vom 4. Januar 2021: Bonus für das Pflege- und Betreuungspersonal der Heime sowie das Spitex-Personal (Stadtratsbeschluss vom 9. März 2021)

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 5. März 2021: PSU, Elterninformation der Primarschule Uster (Ausgabe März 2021)

Die Mitglieder der Kommission Planung und Bau haben erhalten am

- 5. März 2021: Stadtbildkommission, Einladung zur Sitzung vom 11. März 2021, 14:15 Uhr

Präsidentin Karin Niedermann (SP): *Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 12. April 2021 (Konstituierung für das Amtsjahr 2021/2022) statt. Kleiden Sie sich dafür besonders schön, denn es wird eine neue Ratspräsidentin – mit Direktübertragung in Echtzeit – zu wählen sein!*

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

25.3.2021

Die Präsidentin
Karin Niedermann

tt.mm.2021

Die Stimmzähler
Eveline Fuchs

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann